

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Leitantrag

V5: EUphoria oder Krise? Europakampagne - Wir gehen rein!

Antragstext

1 Waldbrände, Überflutungen, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen, Krieg –
2 Schlagzeilen, die täglich unsere Realität in Europa prägen. Während Spanien im
3 Winter 30°C erreicht und in Italien die Wälder brennen, erstarken rechtsextreme
4 Kräfte. In Frankreich lebt jedes fünfte Kind unter der Armutsgrenze, während der
5 Sozialstaat abgebaut wird. Die EU schmückt sich mit Werten, während sie das
6 Recht auf Asyl de facto abschafft. Diese Krisen treffen uns in ganz Europa.

7 In Deutschland versagt die progressivste Regierung, die aktuell möglich ist, auf
8 ganzer Linie. Das 1,5°C-Ziel wurde verfehlt, während die AfD Prozente gewinnt
9 und die Ampel rechten Narrativen hinterherrennt. Die Reichen werden immer
10 reicher, während die Last auf den Schultern der Ärmsten immer schwerer wird.

11 Am 9. Juni 2024 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Doch es ist
12 schwer mit EUphorie auf diese Wahl zu blicken. Doch wir dürfen unsere Kritik an
13 der EU nicht aus Angst leise stellen, den Rechten in die Karten zu spielen.
14 Deswegen definieren wir als Ziel ein Europa, in dem die Bedürfnisse der
15 arbeitenden Klasse und der Erhalt unserer Lebensgrundlagen im Fokus stehen - Und
16 nicht die Profite von Wenigen.

17 Seit der letzten Europawahl 2019 sind wir als Verband stärker geworden. Diese
18 Stärke wollen wir nun nutzen, um in der Europakampagne junge Menschen für ein
19 solidarisches Europa zu begeistern und Visionen von einem besseren Morgen auf
20 die Straße zu bringen. Dafür fokussieren wir uns auf drei Themenfelder.

21 **Ein soziales Europa**

22 Die Rechtsextremen in der gesamten EU werden immer stärker. Auch bei der
23 Wiederholungswahl in Berlin hat die AfD deutlich dazugewonnen - trotz Correctiv-
24 Recherche. Das ist kein Zufall. Menschen wählen nicht automatisch Rechts, weil
25 es ihnen schlecht geht. Aber Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht
26 sind, haben eine größere Anfälligkeit für rechte Märchen-Geschichten. Allein in
27 Berlin leben über 600.000 Sozialhilfe-Empfänger*innen. Und wer Angst hat, keine
28 bezahlbare Wohnung zu finden, der glaubt auch schneller, dass die
29 Asylbewerber*innen von Nebenan ihm diese wegnehmen wollen.

30 Wer rechten Kräften den Nährboden entziehen will, der muss soziale Politik
31 machen. Und die gibt es zu wenig in der EU und in Deutschland. Während die
32 Reichen immer reicher werden, müssen immer mehr Menschen den letzten Euro des
33 Monats zwei mal umdrehen. Lindner klammert sich fest an seiner Schuldenbremse
34 und die SPD will das Bürgergeld kürzen. Währenddessen leben allein in Berlin
35 1.200 Millionär*innen. Unsere Antwort auf diese Ungerechtigkeit ist ein
36 solidarisches, soziales Europa mit einer vereinten Arbeiter*innenklasse für
37 globale Gerechtigkeit.

38 **Ein klimagerechtes Europa**

39 Das 1,5°C Ziel wurde 2023 überschritten. Das Versprechen auf dem sich vor allem
40 die europäischen Länder, als kapitalistische Zentren der Welt und damit als
41 Hauptverursacher der Klimakrise, ausgeruht haben, wurde gebrochen. Das ist keine
42 Überraschung, denn kein EU-Land zeigt den Mut im Sinne des Klimaschutzes voran
43 zu gehen und effektive und notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Die EU-Kommission
44 gibt sich zwar grün, doch im Zweifel haben Profitinteressen Vorrang. Auch der
45 Berliner Senat hört lieber auf die Autolobby, und verfolgt Straßenbauprojekte
46 wie die A100 oder die Atlantikale Verbindung Ost, anstatt das Geld in
47 Klimaschutz zu investieren. Wir kämpfen für einen Klimaschutz, der die
48 Profiteure zur Kasse bittet und das Leben der Menschen verbessert.

49 **Ein Europa der Menschenrechte**

50 Schaut man an die Grenze der EU, fehlt jede Spur von "europäischen Werten".
51 Während Menschenrechte gepredigt werden, lässt die EU tausende Menschen im
52 Mittelmeer ertrinken. Die "Festung Europa" wird ausgebaut. Dabei ist es oft die
53 aubeutende Politik der europäischen Nationen selbst, die Menschen zur Flucht
54 zwingt. Auch in Berlin-Brandenburg wird mit dem Abschiebezentrum am BER eine
55 Asylpolitik praktiziert, die ihren Namen nicht verdient.

56 Die deutsche Zustimmung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) und der
57 damit verbundenen faktischen Abschaffung des Asylrechts zeigt, dass rote Linien

58 ganz schnell vergessen werden. Egal wie groß die "Bauchschmerzen" auch sind, am
59 Ende leiden die Menschen, die gezwungen sind ihre Heimat zurückzulassen.

60 Dabei ist klar: Durch Abschottung flieht kein Mensch weniger. Wir verteidigen
61 das Recht auf Asyl, denn es ist nicht verhandelbar! Gleichzeitig nimmt Rassismus
62 und Ablehnung gegenüber geflüchteten Menschen zu. Dieser Hass und diese Hetze
63 bedrohen nicht nur Geflüchtete an den Außengrenzen, sondern auch migrantisch
64 gelesene Menschen in der EU.

65 Deswegen stehen Menschenrechte und Antirassismus für uns im Mittelpunkt!

66 **Ziele der Kampagne**

67 Ziel unserer Kampagne ist mehr als gute Wahlergebnisse für linke Kräfte - Ziel
68 ist die Politisierung und Organisation junger Menschen in Berlin.

69 Wir wollen diese Kampagne nutzen, um als Verband zentrale Themen nach vorne zu
70 stellen und weiter zu wachsen – denn nur, wenn wir viele sind, kann eine starke
71 Linke für internationale Solidarität kämpfen! Dabei wollen wir vor allem
72 migrantisierte Menschen und Personen unter 20 Jahren noch mehr ansprechen, als
73 wir es jetzt tun!

74 Die Europawahl hat dabei aufgrund des neu eingeführten Wahlalters von 16 Jahren
75 und dem Wahlrecht für alle Menschen mit europäischem Pass ein riesen
76 Mobilisierungspotential.

77 Wir wollen unsere kritische Analyse der aktuellen politischen Lage der EU
78 schärfen und die Themen gemeinsam in Aktionen auf die Straße und an die
79 Öffentlichkeit bringen.

80 **Auf allen Ebenen aktiv**

81 Dafür wird die Kampagne dezentral stattfinden. Durch eine Einbindung der
82 Kreisverbände wollen wir die Menschen dort abholen, wo sie sind: An der Uni, der
83 Schule oder am Betrieb. Gleichzeitig wollen wir vom Theoretischen zum Praktischen
84 kommen und die Kreisverbände ausbilden, stärken und kampagnenfähig machen.

85 Dabei werden die Kreisverbände durch den Landesvorstand mittels
86 Bildungsangeboten und gemeinsamer strategischer Planung in enger Zusammenarbeit
87 unterstützt.

88 Parallel und im Anschluss zu der Europakampagne wird die (Neu-
89)Mitgliedereinbindung im Landesverband und den Kreisverbänden mit dem Ziel
90 professionalisiert, dass neue Mitglieder gut integriert und aktive Mitglieder
91 gefördert werden. Gemeinsam wollen wir den Verband nicht nur wachsen lassen,
92 sondern auch aktive und gut ausgebildete linke Menschen hervorbringen, die
93 politisch wirksame Arbeit leisten können.

94 **Europa, aber links.**

95 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir die Europakampagne dafür nutzen, junge
96 Menschen zu politisieren und unseren Verband zu stärken. Gerade im aktuellen
97 politischen Klima ist für uns nämlich klar: Es gibt keine linken
98 gesellschaftlichen Mehrheiten. Mit unserer Kampagne tragen wir unseren Teil dazu
99 bei, linke Mehrheiten zu organisieren!

100 Denn ein solidarisches, klimagerechtes und soziales Europa?

101 Das erreichen wir nur mit Links!

Begründung

Erfolgt mündlich.

ANTRAG

Gremium: Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V1: Außenbezirke von Innen stärken

Antragstext

1 Den ganzen Winter hat sich die Grüne Jugend Berlin mit einem Thema beschäftigt:
2 Außenbezirke. Zunächst eine Begriffsdefinition: spricht dieser Antrag von
3 Außenbezirken, meinte er ganz Berlin außerhalb vom Ring.

4 Wir, die in diesen Gebieten leben, kennen den täglichen Schmerz nur allzu gut,
5 der Bus kommt mal wieder nicht, die S Bahn eh nur alle 20 Minuten, von einem
6 Jugendzentrum träumen wir schon lange und nen späti suchste vergeblich. Tägliche
7 Lebensrealität sieht hier eben anders aus. Aber wir, die Zeit unseres Lebens
8 dort verbracht haben, wissen auch wie gut es ist noch ne Freifläche zu haben,
9 auf der wir sprayen können. Oder haben als einize den BVG Muva verstanden. Und
10 zumindest müssen wir nicht einschlafen um die U Bahn Endhaltestellen
11 kennenzulernen. Wir sind viele – denn 70% der Menschen in Berlin wohnen eben
12 genau dort: außerhalb vom Ring.

13 Als Grüne Jugend haben wir im letzten Winter viel gelernt und setzen stetig
14 daran, unsere Arbeit in den Außenbezirken zu stärken. Und nicht nur das, auch
15 Brandenburg hat unseren vollsten Support. Dabei sehen wir vor allem die
16 Innenstadt-Mitglieder in der Verantwortung, ihren Beitrag zu diesem
17 Strukturaufbau zu leisten. Ob das beim nächsten Wahlkampfevent, Skillsharing
18 oder einfach bei einer weiteren Anreise zur nächsten LMV.

19 Als Grüne Jugend Berlin setzen wir bei den tiefstliegenden politischen Problemen
20 an. Denn wenn Politik nur oberflächlich Probelem löst, kommen Schwebbahnen
21 statt Verteilungsfragen dabei raus. Doch genau um die geht es: Investitionen für
22 die Schiene (und Busse!), damit Mobilität für alle garantiert ist. Investitionen
23 in die Jugend, damit auch im letzten Haus vor der Stadtgrenze niemand
24 alleingelassen wird. Eben soziale Lösungen für alle, statt Lastenräder für

25 wenige. Das machen wir natürlich nicht alleine, sondern mit den vielen
26 engagierten Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort.

27 Deshalb setzt sich die Grüne Jugend Berlin konkrete Ziele, um über die nächsten
28 Jahre konstant auch in den Außenbezirken einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen
29 und Vor Ort überall in Berlin präsent zu sein:

- 30 • wir ermutigen die Kreisverbände, das Format der KV-Trios häufiger für
31 Veranstaltungen zu nutzen, um vor Ort sichtbar zu sein und Menschen
32 wohnortnah einzuladen. Diese Treffen werden vom Kampagnenteam auf
33 Landesebene unterstützt.

- 34 • Berlin bleibt Berlin und damit strukturstärker als Brandenburg – wir
35 organisieren daher gemeinsame niedrigschwellige Veranstaltungen mit der GJ
36 Brandenburg

- 37 • Insbesondere unterstützen wir finanziell und personell den Wahlkampf in
38 Brandenburg

- 39 • wir sprechen Menschen in Außenbezirken explizit an um sie in der Grünen
40 Jugend zu fördern

- 41 • wir geben gezielt Geld für die Stärkung der Außenbezirke aus (bspw. durch
42 Veranstaltung, KV Unterstützung oder Materialien)

- 43 • Aktiventreffen von Landesebene finden möglichst außerhalb der Ringbahn
44 statt und örtliche Kreisverbände werden in der Planung mit eingebunden

- 45 • Die KV-Trios treffen sich weiter mindestens zweimal im Jahr und die
46 Innenstadtbezirke bemühen sich um eine entlastung bei der Organisation.
47 Weitere Kooperationen mit anderen Kreisverbänden sind immer gern gesehen

- 48 • Im Wahlkampf ist es erklärtes Ziel, dass jedes Mitglied eine Aktion
49 außerhalb der Ringbahn besucht

- 50
- Jede Kampagne die die GJ Berlin macht muss spezifisch auf die Außenbezirke
- 51 anwendbar sein, jede dritte muss ein spezifisches Thema des Außenbezirks
- 52 aufgreifen.

53 So stellen wir sicher, dass wir die Perspektive von Mitgliedern, die im

54 Außenbezirk wohnen oder aufgewachsen sind einbeziehen und uns als Verband

55 weiterentwickeln können. Wir erhöhen die Selbstwirksamkeitserfahrung der

56 betroffenen Kreisverbände und stärken die Grüne Jugend selbst. Besser geht

57 nicht.

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V2: JUNGE PERSPEKTIVEN: ENGAGEMENT UND UNTERSTÜTZUNG BEI DEN WAHLEN 2024/2025

Antragstext

1. Eigenständige Kampagnen der GRÜNEN JUGEND Berlin

Als eigenständiger Jugendverband wollen wir junge Wähler*innen und vor allen Dingen Erstwähler*innen durch eigene Kampagnen und dazugehörigen Forderungen erreichen. Für unseren Europawahlkampf setzen wir auf die Strategie unseres Bundesverbandes, die Organizingmethoden enthält und darauf abzielt, junge Menschen über die Wahl hinaus zu politisieren und sie bei uns in den Verband einzubinden.

Wir wollen diese neue Art der Kampagne anschließend evaluieren und die Ergebnisse für zukünftige Wahlkämpfe miteinbeziehen.

2. Unterstützung der Ostwahlkämpfe

Die Ergebnisse der kommenden Wahlen in den Ostbundesländern haben für ganz Deutschland Relevanz. Wir erkennen diese hohe Relevanz für uns alle an und möchten die GRÜNE JUGEND Landesverbände in Sachsen, Thüringen und Brandenburg aktiv bei ihren Kampagnen im Sommer und Herbst 2024 und langfristig darüber hinaus unterstützen. Besonders auf Brandenburg soll wegen der geographischen Nähe zu Berlin ein Schwerpunkt liegen. Wir streben Kooperationen zwischen den GRÜNE JUGEND Kreisverbänden in Berlin und Brandenburg an. Außerdem wollen wir mit den GJ-Landesverbänden in den Ostbundesländern in den Austausch gehen und mit ihnen abgestimmt gezielt zu ihren Aktionen mobilisieren. Die Organisation

22 und Mobilisierung der Kampagnenunterstützung im Osten erfolgt durch den
23 Landesvorstand und das Kampagnenteam der GRÜNEN JUGEND Berlin. Wir unterstützen
24 unsere Mitglieder und ermöglichen ihnen sich bestmöglich einzubringen, wo sie
25 sich einbringen möchten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V3: Soziale Lösungen für soziale Probleme statt Law-And-Order Symbolpolitik im Görli!

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Berlin stellt sich gegen die vom Senat geplanten Maßnahmen für
2 "mehr Sicherheit" im Görli-Park, welche das Umzäunen, die nächtliche
3 Schließung des Parks und die Videoüberwachung der Eingänge beinhalten.
4 Stattdessen fordern wir nachhaltige und soziale Lösungen, um die strukturelle
5 Ursachen der Probleme im Park anzugehen.

6 Seit der Coronapandemie hat sich die soziale Lage dramatisch verschärft. Die
7 aktuelle Situation im Park ist vom Konsum und Verkauf von immer härteren Drogen,
8 zunehmender Verelendung und Abhängigkeit, und der daraus entstehenden
9 Begleitkriminalität und Obdachlosigkeit geprägt. In Reaktion hierauf hat sich
10 auch die Polizeipräsenz im Park in den letzten Jahren stark verschärft, jedoch
11 ohne wirksamen Effekt auf die Problematik dort. Gleichzeitig lag der Fokus nicht
12 auf der langfristigen Finanzierung von sozialen Angeboten im Görli-Park.

13 Auch die neu vom schwarz-rot geführten Senat erarbeiteten Maßnahmen für den
14 Görli-Park werden diese Probleme nicht lösen und stehen gegen den Willen
15 vieler Anwohner*innen, die nicht beteiligt wurden sowie gegen die aktuelle
16 Beschlusslage der BVV. Sie fördern zudem die Verdrängung in die unmittelbare
17 Nachbarschaft. Sie sind reine Symbolpolitik: Obwohl der Senat keine
18 wissenschaftliche Grundlage oder klare rechtliche Zuständigkeit für den Bau des
19 Zaunes hat, scheut dieser nicht die unverhältnismäßigen Kosten von 3 Millionen
20 Euro, während an anderen Stellen in den Bezirken heftig das Budget gekürzt
21 wurde. Außerdem marginalisieren und kriminalisieren diese polizeilichen und
22 baulichen Maßnahmen Menschen, die unter einem unsicheren Aufenthaltsstatus
23 leiden und potentiell von Abschiebung bedroht sind.

24 Die Sicherheit im Park und im umliegenden Kiez wird durch repressive Law-And-
25 Order Politik, wie durch das Absperren des Parks und durch Videoüberwachung
26 nicht verbessert. Solche unterkomplexen und populistischen Maßnahmen werden
27 diesen vielschichtigen Problematiken nicht gerecht. Steigender Konsum von harten
28 Drogen und damit einhergehende Begleitkriminalität lassen sich nur durch
29 Maßnahmen wie rund um die Uhr geöffnete Konsumräume, ganzjährige
30 Übernachtungsangebote für obdachlose Menschen, Ausweitung der Drogensozialarbeit
31 sowie bessere Beleuchtung des Parks lösen.

32 Außerdem müssen Sport- und Kulturangebote im Park gestärkt und besonders auch
33 Jugendsozialarbeit gefördert werden, um den Park wieder zu dem wichtigen
34 Erholungsort im Kiez zu machen, der er einmal war. Der Görlitzer Park sollte als
35 Raum für Natur, Freizeit und Ausgleich für ALLE Anwohner*innen,
36 Kreuzberger*innen und Besucher*innen zur Verfügung stehen.

37 Der Görlitzer Park zeigt außerdem beispielhaft, dass es in Deutschland eine
38 regulierte Drogenpolitik, die Legalisierung von Cannabis sowie eine tatsächlich
39 humane Einwanderungspolitik braucht, welche Menschen schnell Zugang zu legalen
40 Aufenthaltstiteln, gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeit ermöglicht.

41 **Deshalb fordern wir die GRÜNE JUGEND Berlin auf:**

42 - bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Thema verstärkt zu priorisieren und auf sie
43 einzuwirken, die bloße Symbolpolitik des rot-schwarzen Senats, die nur auf
44 Symptombekämpfung abzielt, noch stärker anzuprangern und nachhaltige Lösungen zu
45 fordern

46 - in Kooperation mit anderen Jugendverbänden, wie mit der Parteijugend der SPD,
47 den Jusos, Gespräche führen und gemeinsame Aktionsformate zu erarbeiten

48 - soziale Problematiken wie Drogenkonsum, Wohnungslosigkeit und besonders auch
49 das Thema Jugendsozialarbeit und Angebote für Jugendliche auch berlinweit
50 stärker in den Fokus zu rücken

51 - sich mit anderen Landesverbänden und gesellschaftlichen Organisationen zu
52 vernetzen um Strategien für derartige Problemlagen zu entwickeln, und auch
53 Bündnis 90/ DIE GRÜNEN auffordern, dies zu tun

54 - sich einzusetzen für mehr Forschungsgelder zu harten Drogen wie Crack und
55 Fentanyl im Bezug auf die sozialtherapeutischen Möglichkeiten und eventuelle
56 Substitutionsmittel.

Begründung

Einstimmig beschlossen von der Grünen Jugend Friedrichshain-Kreuzberg am 15.02.2024

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V4: Gender-Budgeting-Konzept

Antragstext

1 **Definition Gender-Budgeting**

2 Als GRÜNE JUGEND Berlin legen wir einen besonderen Fokus auf die Gleichstellung
3 und Förderung von FINTA*-Personen. Das Gender-Budgeting dient als
4 finanzpolitisches Werkzeug der Strategie des Gendermainstreamings und
5 berücksichtigt die Geschlechterperspektive bei der Gestaltung unserer
6 finanziellen Ausgaben. Durch eine datenschutz-sensible, doch möglichst genaue
7 Erfassung soll das Gender-Budgeting einen transparenten Einblick in die Finanzen
8 der GRÜNEN JUGEND Berlin, unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive,
9 bieten.

10 FINTA*= Frauen, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen

11 **Genaue Zielsetzung**

12 Das übergeordnete Ziel des Gender-Budgeting ist die Gleichstellung von FINTA*s
13 und cis-männlichen Personen bei der finanziellen Ressourcenverteilung der GRÜNEN
14 JUGEND Berlin. Die unterschiedlichen Lebenssituationen von FINTA*s und cis-
15 männlichen Personen sollen in budgetpolitische Entscheidungen integriert und die
16 Gelder der GRÜNEN JUGEND Berlin im Sinne einer Förderung von Gleichstellung
17 eingesetzt werden. Dabei sollen mindestens die Hälfte der finanziellen
18 Ressourcen der GRÜNEN JUGEND Berlin in die Förderung und Aufwandsentschädigung
19 von FINTA* fließen.

20 **Kategorisierung**

21 Für das Gender-Budgeting werden alle Ausgaben ohne Personenbezug nicht beachtet
22 dazu zählen in der Regel Miete, Materialien für Büro- und Öffentlichkeitsarbeit,
23 Transportkosten und Technische Ausstattung. Alle personenbezogenen Ausgaben
24 werden im Gender-Budgeting erfasst und kategorisiert. Dabei sind die Kategorien
25 Honorare, Personalkosten und Großveranstaltungen als "besonders relevant"
26 einzuordnen, da bei Honorar- und Personalkosten ein direkter personeller Profit
27 entsteht und Großveranstaltungen ab 20 Personen mit Anmelde Listen eine präzise
28 Datenerhebung ermöglichen. Fahrtkosten, Geschenke, kleinere Veranstaltungen und
29 Aufwandsentschädigungen werden ebenfalls ins Gender-Budgeting einbezogen. Dabei
30 werden Aufwandsentschädigungen nur als "mäßig relevant" eingestuft, da der
31 Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin bereits durch die Satzung quotiert wird.

32 **Erfassung**

33 Für eine Veranstaltung der GRÜNEN JUGEND Berlin, welche von einem Gremium der
34 Landesebene ausgerichtet wird, muss die Kategorie Gender mit der Anmeldung
35 abgefragt werden. Kreisverbände und Fachforen sind von dieser Regelung nicht
36 betroffen. Zudem wird das Gender-Verhältnis auf Erstattungsanträgen der GRÜNEN
37 JUGEND Berlin festgehalten.

38 Wenn mit externen Personen Honorarverträge abgeschlossen werden wird dabei das
39 Gender festgehalten.

40 **Datenschutz**

41 Alle Genderbezogenen Daten, welche nicht anonymisiert sind und im Rahmen des
42 Gender -Budgetings gesammelt werden sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen
43 nur Personen zugänglich gemacht werden, welche an der Finanzbuchhaltung der
44 GRÜNEN JUGEND Berlin, im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses oder als
45 Amtsträger*innen der GRÜNEN JUGEND Berlin, arbeiten. Sie werden werden
46 spätestens mit dem Abschluss des Gender-Budgetings gelöscht oder unkenntlich
47 gemacht.

48 Keine Person ist dazu verpflichtet entsprechende Angaben zu tätigen.

49 **Darstellung**

50 Im Gender-Budgeting-Bericht werden die Gesamtausgaben der GRÜNEN JUGEND Berlin
51 geordnet nach Kategorie und Gender in absoluten Zahlen und Anteilen des
52 Haushalts aufgeführt. Die Ausgaben für Personal werden getrennt aufgeführt um
53 eine Verzerrung durch den hohen Anteil am Gesamthaushalt zu vermeiden.

54 Den statistischen Daten folgen Empfehlungen um in der Zukünftigen
55 Haushaltsführung einen besseren ausgleich nach Gender zu erreichen. Dabei gilt
56 einer mögliche Benachteiligung von FINTA*-Personen besondere Aufmerksamkeit.

Begründung

erfolgt mündlich

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V6: Beschäftigte der BVG unterstützen - #WirFahrenZusammen

Antragstext

1 Als GRÜNE JUGEND Berlin solidarisieren wir uns mit den Streikenden Bus- und
2 Bahnfahrer*innen der BVG und den Forderungen ihrer Gewerkschaft ver.di, welche
3 lauten:

- 4 · 33 Tage Urlaub
- 5 · Urlaubsgeld von 500€ pro Jahr
- 6 · Eine Wendezeit* von 10 Minuten auf allen Linien
- 7 · Eine Erhöhung der Ruhezeiten** im Fahrdienst auf 12 Stunden

8 *Aufenthaltszeit an Endhaltestelle vor Abfahrt in die Gegenrichtung

9 **Pausen zwischen Diensten

10 Unsere Solidarität zeigen wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit, bei gemeinsamen
11 Streiks am Streikposten von ver.di und unserer Teilnahme am WFZ-Aktionstag am
12 01.03.2024.

Begründung

Erfolgt mündlich

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V7: Tempelhofer Feld bleib!

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Berlin setzt sich für den Erhalt des Tempelhofer Felds als
2 Grün- und Naherholungsfläche ein. Dabei ist es besonders wichtig die Gesamtheit
3 des Tempelhofer Felds zu schützen. Besonders die folgenden Bemühungen des
4 aktuellen Senats sieht die Grüne Jugend Berlin kritisch und setzt sich dagegen
5 ein:

- 6 • Missachtung des Volkseitscheides von 2014
- 7 • Einen zweiten sogenannten "Volksentscheid von oben", als undemokratisches
8 Mittel
- 9 • Eine Randbebauung und die damit einhergehende Zerstörung der ökologisch
10 und gesellschaftlich wertvollen Flächen und faktischen Verkleinerung des
11 Naherholungsortes.

Begründung

Die Grüne Jugend Neukölln hat folgendes letztes Jahr beschlossen und setzt sich deshalb auf Landesebene für den Erhalt des Tempelhofer Feld ein.

Die Grüne Jugend Neukölln steht für eine Erhaltung des gesamten Tempelhofer Feldes ein.

Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Koalition in Berlin meint, es bedürfe einer neuen Debatte über die Zukunft des Tempelhofer Feldes. Es sollen Möglichkeiten einer

„behutsamen Randbebauung in begrenzten Teilen der Fläche“ ausgelotet werden. Dies sei aufgrund der „zugespitzten Wohnungsnot seit dem Volksentscheid 2014“ nötig. In diesem Vorhaben zeigt sich, wie CDU und Teile der SPD Entscheidungen, welche die

Bürger*innen dieser Stadt in Volksentscheiden getroffen haben, nicht akzeptieren und

umsetzen. Mit dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld von 2014 wurde ein Gesetz beschlossen, welches die Bebauung des Tempelhofer Feldes verbietet und die Stadt Berlin dazu verpflichtet, das Tempelhofer Feld in seiner Gesamtheit zu erhalten und aktiv zu schützen. (vgl. § 5 Abs. 2, 3 Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes). Mit dem Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co. enteignen von 2021 wurde dem Senat der

Auftrag erteilt „alle Maßnahmen einzuleiten“, welche für die Überführung von Immobilien in Gemeineigentum erforderlich sind und hierfür ein Gesetz zu erarbeiten.

Anstatt sich an erstgenannten Volksentscheid zu halten und konstruktiv an der Umsetzung des zweitgenannten Volksentscheides zu arbeiten, fantasieren die Spitzen von CDU und SPD lieber von „Wohnquartieren mit breiten sozialen Angeboten“ und einem „internationalen städtebaulichen Wettbewerb“. Mit einer Randbebauung des Tempelhofer Feldes als Prestigeobjekt möchte die Koalition über die Nichtumsetzung des Volksentscheides Deutsche Wohnen und Co. und andere Probleme, wie die fortschreitende Errichtung von Bürogebäuden und Luxuswohnungen statt bezahlbaren Wohnraums auf bereits erschlossenen Freiflächen hinwegtäuschen. Wir fordern den Senat auf, die Entscheidungen der Bürger*innen zu akzeptieren und umzusetzen!

Gegen eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes sprechen neben einer demokratisch getroffenen Entscheidung noch viele weitere Argumente. Das Tempelhofer Feld ist ein Alleinstellungsmerkmal Berlins. Es ist die größte innerstädtische Freifläche der Welt. Es hat große gesellschaftliche und ökologische Bedeutung für die Stadt.

Für die Bewohner*innen der Bezirke Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg und Tempelhof und auch für die Berliner*innen aus nicht direkt abgrenzenden Bezirken stellt das Tempelhofer Feld einen wichtigen Ort zur Naherholung dar. In den Bezirken Kreuzberg und Neukölln befinden sich dabei auch die am engsten besiedelten Quartiere Berlins mit einer Bevölkerungsdichte von über 700 Einwohner*innen pro Quadratkilometer. In einer Stichprobe aus dem September 2020 wurde eine wöchentliche Besucherzahl von 194.214 Besuchern ermittelt. Aus diesen Zahlen lässt sich ablesen, dass gerade im Sommer die gesamte Fläche des Tempelhofer Feldes gebraucht und genutzt wird. Eine Randbebauung würde die zur Verfügung stehende Fläche verkleinern, wodurch diese wiederum überfüllter und unattraktiver würde.

Aus dem Besucher*innenmonitoring zum Tempelhofer Feld aus dem Jahr 2020 geht hervor, dass die Zufriedenheit der Besucher*innen mit dem Tempelhofer Feld im aktuellen Zustand höher liegt, als der Durchschnitt für Berliner Parks. Hierbei wurde durch die Besucher*innen insbesondere die Sicherheit des Parks, die Barrierefreiheit und die Erreichbarkeit des Parks positiv vermerkt. Auch die Luftqualität in Bezug

auf Stickstoffoxide und Feinstaub ist auf dem Tempelhofer Feld besser als in den angrenzenden Kiezen. Wichtig ist auch, dass der Park anders als manche andere große Parkanlagen in Berlin wie der Britzer Garten oder die Gärten der Welt kostenfrei zugänglich ist. Durch diese Möglichkeit der Menschen das Tempelhofer Feld als Bewegungsraum zu nutzen verbessert sich ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden was auch einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen hat, da dadurch auch Gesundheitskosten reduziert werden. Aus ökologischer Sicht ist das Tempelhofer Feld als Klimaregulator für die anliegenden Kieze von hoher Relevanz. So kann auf dem Tempelhofer Feld nachts Hitze ungehindert abstrahlen und so als Kälteinsel die umliegenden Kieze abkühlen.

Zudem fungiert die große unversiegelte Fläche (221 von 303 ha, 73% der Fläche sind Wiesen) es als Versickerungsfläche für Regenwasser, welches so in den natürlichen Wasserkreislauf gelangen kann. Des Weiteren trägt das Gelände auch mit der Speicherung von Kohlenstoff in Pflanzen zur Erreichung des Berliner Klimaziels bei. Das Tempelhofer Feld bietet einer großen Vielfalt an Lebewesen einen Lebensraum. Zudem stellt das Tempelhofer Feld ein wichtiges Denkmal für die Geschichte des Nationalsozialismus, des kalten Krieges und der deutsch-deutschen Teilung dar und steht mit seinen Flughafengebäude als Gesamtanlage unter Denkmalschutz.

Auch bautechnische und baupolitische Gründe sprechen gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes. So zeigt sich momentan bei der Bebauung des ehemaligen Flughafens Tegel, dass der Boden entkontaminiert werden muss, was einen großen Aufwand bedeutet. Zudem müsste der Baugrund auf dem Tempelhofer Feld neu erschlossen werden, sowohl verkehrstechnisch als auch für die Versorgung mit Wasser, Abwasser und Elektrizität. All dies würde dafür sorgen, dass die Wohnungen ohne eine Förderung durch die Stadt keinesfalls bezahlbar realisiert werden kann. Derzeit befinden sich in Berlin 14 Quartiere in der Planung und zum Teil in der Umsetzung.

Eine Bebauung des Tempelhofer Feldes würde Personal in den zuständigen Stellen binden, welches ohnehin schon knapp bemessen ist und so die Umsetzung bereits geplanter und zeitnah umsetzbarer Projekte zur Schaffung von mehr Wohnraum verzögern.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass selbst bei einem schnellen Verfahren nicht mit der Fertigstellung von Wohnungen auf dem Tempelhofer Feld nicht vor 2035 zu rechnen ist, sodass die Pläne zur Bebauung nicht zur schnellen Lösung für die aktuelle angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt geeignet ist.

Die gebauten Gebäude sollen laut Koalitionsvertrag zudem nur klimaneutral betrieben werden, nicht aber über ihren gesamten Lebenszyklus klimaneutral sein sollen. Der Bau und Abriss von konventionellen Gebäuden ist aufgrund der verwendeten Materialien (insb. Stahl und Zement) allerdings klimaschädlich. Das kann vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe nicht der Anspruch an ein neues Quartier sein.

Abschließend wird noch auf die besondere Bedeutung des Tempelhofer Feldes für junge Menschen eingegangen. Hier finden Kinder und Jugendliche aus den anliegenden Bezirken, welche sich oftmals ein Zimmer mit mehreren Geschwistern teilen, einen Freiraum um sich mit Freund*innen zu treffen, ohne dass dabei Anwohner*innen gestört werden.

All diese Argumente machen die Bedeutung des Tempelhofer Feldes in seiner für die anliegenden Kieze aber auch für Berlin insgesamt deutlich. Einen Eingriff in diesen für Menschen, Klima, Tiere und Pflanzen wichtigen Ort wollen wir nicht zulassen. Deshalb fordern wir die Koalition auf, gar nicht erst in Planungen für dieses Projekt zu gehen.

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V8: Emmauswald bleibt!

Antragstext

1 Der Emmauswald in Neukölln soll einer Bebauung mit teuren Eigentumswohnungen
2 durch den Immobilienkonzern Buwog/Vonovia weichen, die auch in den umliegenden
3 Kiezen zu Preissteigerungen und Verdängung führt. Da es auf bezirklicher Ebene
4 für dieses Vorhaben keine Mehrheit gefunden hat, hat der Senat das Verfahren zur
5 Aufstellung eines Bebauungsplans (B-Plan) an sich gezogen.

6 Als Grüne Jugend Berlin stehen wir für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung,
7 die den Interessen der Berliner*innen folgt und nicht denen profitorientierter
8 Immobilienkonzerne. Das Vorhaben der Buwog auf dem Emmauswaldgelände ist weder
9 sozial noch ökologisch. Deshalb fordern wir:

10 1. *Keine Bebauung des Emmauswald.* Der Emmauswald in Neukölln soll erhalten und
11 geschützt werden. Eine Bebauung mit Sozialwohnungen der anliegenden Brachfläche
12 (die Teil des gesamten B-Plans ist) begrüßen wir.

13 2. *Rückübertragung des B-Plan Verfahrens an den Bezirk Neukölln.* Ein Entzug der
14 Planungsrechte durch den Senat, nur um die Gewinnmaximierung des Investors
15 durchsetzen zu können, ist beschämend und hat nichts mit einem "Gesamtinteresse
16 Berlins" zu tun. Bezirkliche Fragen der Stadtentwicklung sollen im Bezirk
17 entschieden werden - hier also in Neukölln.

18 3. *Behutsame Öffnung des Geländes.* Das Gelände soll möglichst zumindest in
19 Teilen und unter Berücksichtigung des Naturschutzes für die Anwohner*innen
20 geöffnet werden.

21

22 4. Die Anpassung des Flächen- und Baunutzungsplans an die tatsächlichen
Gegebenheiten vor Ort: die Einstufung des Geländes als Waldfläche.

23 Berlin braucht mehr sozialen Wohnraum und mehr ökologische Flächen. Eine
24 Bebauung des Emmauswaldes ist weder sozial, noch ökologisch.

Begründung

Im Sommer 2023 stellten die Berliner Forsten offiziell fest: Bei dem Gelände handelt es sich um einen Wald nach Landeswaldgesetz. Und zwar um den größten Wald in Neukölln!

Jeder Berliner hat das Anrecht auf 6 Quadratmeter wohnortnahe Grünfläche – in Nord-Neukölln sind es derzeit weniger.

Laut Kartierung des Bezirks (Stand 2013) stehen auf dem Emmauskirchhof West 725 Bäume, wovon bereits 2013, 231 Bäume als erhaltenswert eingestuft wurden. Darunter sind 84 besonders wertvolle und prägende Bestandsbäume mit Stammumfängen >130 cm gelistet, unter denen sich Linden, Eichen, Ahorn und Kastanien befinden.

hier gibt's Infos zur Initiative: <https://emmauswald-bleibt.de/>

hier gibts mehr Infos zur Entziehung des Bebauungsplans durch den Senat:

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/09/berlin-neukoelln-bezirk-senat-emmaus-kirchhof-wald.html>

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V9: Nachbesetzung von Teams

Antragstext

1 In allen Teams unseres Landesverbands, die aktuell noch nicht in der Satzung
2 festgeschriebene Wahlregelungen haben (Kampagnenteam, Antragskommission), können
3 durch Rücktritt freigewordene Plätze durch den Landesvorstand nachbesetzt
4 werden. Dies geschieht anhand einer allen Mitgliedern offen stehenden
5 Ausschreibung. Dem Verband wird die Bewerber*innenlage und die Entscheidung
6 transparent gemacht. Allen Mitgliedern wird die Möglichkeit geboten, die
7 Kandidierenden kennenzulernen. Die Besetzung des Teamplatzes wird
8 mitgliederöffentlich mindestens 2 Wochen vor Ablauf der Bewerbungsfrist
9 ausgeschrieben.

Begründung

Teams wie die Antragskommission oder das Kampagnenteam sind inzwischen wichtiger Bestandteil unseres Verbandes. Sie übernehmen wichtige Aufgaben wie Hilfe bei der Organisation unserer Landesmitgliederversammlungen (LMV) oder Organisation unserer Kampagnen wie zum Beispiel der Europakampagne. Die Teams werden auf der LMV, die regulär zweimal im Jahr stattfindet, gewählt. Da sie aber noch nicht lange existieren sind sie noch nicht in der Satzung verankert und damit ist ihre Wahl nicht in der Wahlordnung der Satzung geregelt (wie bei allen anderen Wahlen im Verband). Das wollen wir zur nächsten LMV ändern und die Teams, nach einer Evaluierung ihrer Funktion und Nutzung im Verband, in der Satzung verankern.

Bis dahin wollen wir uns aber absichern, dass wir arbeitsfähig in den Teams bleiben. Zur Zeit können bei Rücktritt im Team nur auf Landesmitgliederversammlungen nachgewählt werden, weil in den Anträgen zur Einsetzung einer Antragskommission und des Kampagnenteams keine Regelung für Nachbesetzung von freigewordenen Plätzen festgeschrieben sind. Nur beim Bildungsteam gibt es schon die Regelung, dass dieses bei Rücktritt durch ein Ausschreibungsverfahren durch den Landesvorstand nachbesetzt werden kann, dieses ist auch schon in der Satzung verankert. Dieses Verfahren haben wir auch schon genutzt und

konnten dadurch weiter die Planung der Bildungsarbeit sicherstellen. Wir schlagen vor, dieses erprobte Verfahren auch auf die Antragskommission und das Kampagnenteam anzuwenden.

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V10 neu: Solidarität mit allen Betroffenen des Krieges in Israel und Gaza - Ceasefire Now! Bring them Home now!

Antragstext

Solidarität mit allen Betroffenen! Für ein Ende der Gewalt!

Die GRÜNE JUGEND Berlin erklärt sich solidarisch mit allen Betroffenen des Israel-Palästina-Konflikts und fordert ein sofortiges Ende der Gewalt gegen Zivilist*innen in Israel, Gaza und dem Westjordanland. Es muss Frieden und Gerechtigkeit geben.

In Solidarität mit allen Betroffenen innerhalb der Zivilgesellschaft Berlins, die Opfer von rassistischen oder antisemitischen Angriffen wurden oder Angehörige verloren haben, sowohl Palästinenser*innen als auch Jüdinnen*Juden, verurteilen wir nachdrücklich:

- Die brutale antisemitische und völkerrechtswidrige Vernichtungsaktion seitens der Terrororganisationen Hamas, "Islamischer Dschihad in Palästina" (PIJ), PFLP und weiterer auf Israel am 07. Oktober 2023. Uns bestürzt dabei auch das Ausmaß an systematischer geschlechtsspezifischer Gewalt und ihr gezielter Einsatz als Mittel des Terrors.
- Den andauernden Terror gegen Israel sowohl aus Gaza durch Hamas, PIJ, PFLP und weiteren als auch aus Libanon, insbesondere durch die Hisbollah.
- Jene Militäroperationen der israelischen Regierung, die zu tausendfachen

19 Tod und Vertreibung von Zivilist*innen geführt haben und über das
20 völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung hinausgehen. Auch
21 hier verurteilen wir jede Form geschlechtsspezifischer Gewalt.

- 22 • Die antisemitischen Attacken auf Synagogen, jüdische Bürger*innen und
23 jüdische Einrichtungen in Berlin, wie den Angriff auf die Gemeinde Kahal
24 Adass Jisroel am 18. Oktober 2023.
- 25 • Wir sehen die zahlreichen diskursverhindernden Absagen und Störaktionen
26 bei Veranstaltungen im Wissenschafts-, Kunst- und Kulturbereich, sowie von
27 Ausstellungen und Theateraufführungen, welche den Israel-Palästina-
28 Konflikt oder jüdisches oder palästinensisches Leben thematisieren, sehr
29 kritisch. Kunst-, Kultur- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut unserer
30 Demokratie und müssen gerade in Zeiten des Konflikts geschützt werden.
- 31 • Die illegale Siedlungspolitik durch die israelische Regierung und die
32 damit einhergehende Gewalt durch IDF und Siedler*innen gegen
33 Palästinenser*innen im Westjordanland.
- 34 • Die völkerrechtswidrigen Vertreibungs- und Vernichtungsfantasien, die von
35 einzelnen Mitgliedern der israelischen Regierung bei einer Konferenz am
36 28.01.2024 geäußert wurden.
- 37 • Die Unterstützung des Terrors von Hamas, PIJ und Hisbollah durch das
38 iranische Regime.

39 **Antisemitismus lässt sich nicht mit Rassismus** 40 **bekämpfen!**

41 Wir lehnen das falsche Narrativ des "Importierten Antisemitismus" ab.
42 Antisemitismus existiert schon lange in Deutschland, sehr viele antisemitischen
43 Straftaten haben einen rechtsextremen Hintergrund. Antisemitismus ist jedoch
44 nicht nur ein Problem im rechten Spektrum, sondern in allen Teilen der
45 Gesellschaft und in allen politischen Strömungen anzutreffen. Dem treten wir
46 entgegen.

47 Aktuell erhalten die Stimmen von migrantisierten Menschen in den Medien und in
48 politischen Organisationen häufig wenig Gehör. Palästinenser*innen werden dazu
49 besonders diskriminiert und ausgeschlossen, da sie in Deutschland als staatenlos
50 bezeichnet werden. Statt der Verbreitung von rassistischen Narrativen, setzen
51 wir uns für eine bessere Repräsentation von marginalisierten Perspektiven.
52

53
54 Stimmen von Palästinenser*innen wie von Israelis müssen gehört werden!

55 56 **Antisemitismus an den Berliner Unis**

57 **Gegen Antisemitismus egal, wo!**

58 Wir distanzieren uns ausdrücklich von linken Gruppen wie "Waffen der
59 Kritik/Klasse Gegen Klasse", die an der FU Berlin antisemitische Parolen und
60 Lehren verbreiten. Wir verurteilen den mutmaßlich antisemitischen Angriff auf
61 den FU-Studenten Lahav Shapira.

62 Gleichzeitig lehnen wir die Forderung des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner
63 ab, eine Exmatrikulation von Studierenden im Hochschulgesetz wieder einzuführen.
64 Die Rückkehr des repressiven Ordnungsrechts an Universitäten ist kein Ersatz für
65 eine antisemitismus- und rassismussensible Staatsanwaltschaft und für
66 Präventionsangebote in Schulen und Hochschulen. Gerade wenn Rechte Kräfte in
67 Deutschland immer stärker werden, müssen wir darauf achten, dass Diskursräume
68 wie unsere Universitäten die höchstmögliche Freiheit garantieren und kein
69 Ordnungsrecht geschaffen wird, das die Exmatrikulation für politische
70 Positionierung ermöglicht. Die Anwendung des Hausrechts im Extremfall von
71 körperlicher Gewalt an der Hochschule halten wir für notwendig.

72 Als Teil der Meinungs- und Versammlungsfreiheit an Universitäten sind für uns
73 ganz klar auch Formen des zivilen Ungehorsams legitim. Zu diesen gehören auch
74 friedliche und gewaltfreie Hörsaalbesetzungen, die keinennicht (israelbezogenen)
75 Antisemitismus oder Rassismus propagieren.

76 Eine dauerhafte Präsenz von Polizei auf dem Campus lehnen wir ab.

77 78 **Internationalismus leben - International Druck** 79 **für Frieden und eine Lösung des Konflikts** 80 **ausüben!**

81 Als GRÜNE JUGEND Berlin fordern wir die GRÜNE JUGEND Bundesebene dazu auf, sich

82 zur aktuellen Lage in Israel, Gaza und dem WestjordanlandWest-Bank zu
83 positionieren und sich gemeinsam mit der FYEG (Federation of Young European
84 Greens) und in progressiven Bündnissen für ein sofortiges Ende der Gewalt gegen
85 Zivilist*innen und für eine friedliche und gerechte Lösung des Konflikts
86 einzusetzen. Wir sind besorgt über die Äußerungen einzelner politischer Gruppen,
87 die die antisemitische und völkerrechtswidrige Vernichtungsaktion der Hamas,
88 PFLP und anderer vom 07. Oktober 2023 mit über tausend Toten oder das Leid der
89 Palästinenser*innen in Gaza verharmlosen, relativieren oder sogar rechtfertigen.

90 Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass sich Menschen mit Antisemitismus- und
91 Rassismuserfahrungen (MARE) in Bündnissen mit solchen Organisationen bedroht
92 fühlen können und die Gefahr besteht, dass wir sie als Mitglieder und politische
93 Mitstreiter*innen verlieren. Wir fordern deswegen die Bundesebene und die
94 Landesverbände der GRÜNEN JUGEND, sich kritisch mit Bündnispartner*innen
95 auseinanderzusetzen und ihre Entscheidungen für Kooperationspartner*innen für
96 den Verband transparent zu machen.

97
98 Wir begrüßen sehr, dass der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin aktuell
99 unter Begleitung der Mobilien Beratung gegen Rechts seine Bündnisarbeit in dieser
100 Hinsicht kritisch reflektiert und wollen die GRÜNE JUGEND Bundesebene ermutigen,
101 vergleichbare Prozesse anzustoßen.

102
103 Wir fordern die GRÜNE JUGEND Bundesebene auf, sich darüber hinaus öffentlich an
104 die Seite israelischer Linker wie der Bewegung Standing Together zu stellen und
105 sich dafür einzusetzen, dass ein gerechter und nachhaltiger Frieden geschaffen
106 wird. Dazu gehören für uns:

- 107 • Ein sofortiger, beidseitiger und nachhaltiger Waffenstillstand zum Schutz
108 von Zivilist*innen in Israel, Gaza und dem Westjordanland.

- 109 • eine sofortige Freilassung der israelischen Geiseln

- 110 • Eine Verbesserung der katastrophalen humanitären Lage in Gaza

- 111 • rechtsstaatliche Institutionen und demokratische Wahlen in den
112 Palästinensischen Gebieten mit dem Ziel einer legitimierten Vertretung der
113 Palästinenser*innen

- 114 • Politische Autonomie für einen zukünftigen souveränen palästinensischen
115 Staat. Das Recht auf Selbstbestimmung von Palästinenser*innen muss
116 international anerkannt und gesichert sein.

- 117 • ein Ende der Gewalt durch IDF und Siedler*innen in der Westbank

- 118 • die Freilassung von fälschlich inhaftierten Palästinenser*innen in Israel

- 119 • ein Ende der illegalen Siedlungspolitik durch die israelische Regierung

- 120 • und eine Zweitstaaten-Lösung

- 121 • Die Entwaffnung und Auflösung der Terrororganisation Hamas und weiterer
122 Organisationen, die sich an den terroristischen Angriffen auf Israel
123 beteiligt haben sowie ein Ende der Angriffe aus Libanon auf Israel

124 Wir sehen die aktuelle israelische Regierung und ihre klare Positionierung gegen
125 eine Zweistaatenlösung und einen Waffenstillstand kritisch. Mitglieder der
126 israelischen Regierung und Parlament, die völkerrechtswidrige und
127 menschenverachtende Vertreibungsfantasien gegen Palästinenser*innen geäußert
128 haben, können nicht Teil eines nachhaltigen und glaubwürdigen Friedensprozesses
129 sein.

130 Der Konflikt findet dabei nicht in einem Vakuum statt. Besonders die Rolle des
131 Iran in der Unterstützung des Terrors gegen Israel sollte dabei verurteilt
132 werden. Die Revolutionsgarden des iranischen Regimes spielen eine zentrale Rolle
133 im koordinierten Terror in der Region und sollten deshalb auch als
134 Terrororganisation eingestuft werden.

135 Außerdem fordern wir die konsequente Aufklärung aller möglicher Verstrickungen
136 zwischen UNRWA (dem UN-Hilfswerk für palästinensische Geflüchtete) und der Hamas
137 sowie der Vorwürfe von Veruntreuung und Korruption gegenüber UNRWA. Abhängig von
138 den Ergebnissen der Aufklärung braucht es wirksame Konsequenzen und Reformen.
139 Diese müssen die aktuelle Lage in Gaza berücksichtigen und dürfen nicht zu einer
140 Verschlechterung der humanitären Hilfe für Palästinenser*innen führen. Ein
141 Kollaps der humanitären Hilfe, vor allem während des Krieges, wäre katastrophal.

142 Im Gegenteil sollte die humanitäre Hilfe, frei von etwaiger Korruption und
143 Zweckentfremdung, weiter ausgebaut werden. Um eine noch größere humanitäre
144 Katastrophe zu verhindern, fordern wir die israelische Regierung auf, den freien
145 Zugang zu humanitärer Hilfe in Konfliktzonen zu sichern und sicherzustellen,
146 dass es nicht zu Blockaden kommt.

147 Ein diplomatischer und multilateraler Friedensprozess kann nur Erfolg haben,
148 wenn alle Bevölkerungsgruppen über demokratisch legitimierte Vertreter*innen
149 verfügen, die sich einer friedlichen und gerechten Lösung des Konflikts
150 verpflichtet fühlen. Ziel eines Friedensprozesses muss die Bildung von zwei
151 souveränen, demokratischen, rechtsstaatlichen, sicheren und lebenswürdigen
152 Staaten für Israelis und Palästinenser*innen sein. Wir streben weiterhin für
153 einen dauerhaften Frieden in der Region. Eine friedliche Koexistenz zwischen
154 Israel, Palästina und Nachbarstaaten ist möglich.

155 Ceasefire now! Bring them Home now!

ANTRAG

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 16.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Leitantrag

V5: EUphoria oder Krise? Europakampagne - Wir gehen rein!

Antragstext

1 Waldbrände, Überflutungen, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen, Krieg –
2 Schlagzeilen, die täglich unsere Realität in Europa prägen. Während Spanien im
3 Winter 30°C erreicht und in Italien die Wälder brennen, erstarken rechtsextreme
4 Kräfte. In Frankreich lebt jedes fünfte Kind unter der Armutsgrenze, während der
5 Sozialstaat abgebaut wird. Die EU schmückt sich mit Werten, während sie das
6 Recht auf Asyl de facto abschafft. Diese Krisen treffen uns in ganz Europa.

7 In Deutschland versagt die progressivste Regierung, die aktuell möglich ist, auf
8 ganzer Linie. Das 1,5°C-Ziel wurde verfehlt, während die AfD Prozente gewinnt
9 und die Ampel rechten Narrativen hinterherrennt. Die Reichen werden immer
10 reicher, während die Last auf den Schultern der Ärmsten immer schwerer wird.

11 Am 9. Juni 2024 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Doch es ist
12 schwer mit EUphorie auf diese Wahl zu blicken. Doch wir dürfen unsere Kritik an
13 der EU nicht aus Angst leise stellen, den Rechten in die Karten zu spielen.
14 Deswegen definieren wir als Ziel ein Europa, in dem die Bedürfnisse der
15 arbeitenden Klasse und der Erhalt unserer Lebensgrundlagen im Fokus stehen - Und
16 nicht die Profite von Wenigen.

17 Seit der letzten Europawahl 2019 sind wir als Verband stärker geworden. Diese
18 Stärke wollen wir nun nutzen, um in der Europakampagne junge Menschen für ein
19 solidarisches Europa zu begeistern und Visionen von einem besseren Morgen auf
20 die Straße zu bringen. Dafür fokussieren wir uns auf drei Themenfelder.

21 **Ein soziales Europa**

22 Die Rechtsextremen in der gesamten EU werden immer stärker. Auch bei der

23 Wiederholungswahl in Berlin hat die AfD deutlich dazugewonnen - trotz Correctiv-
24 Recherche. Das ist kein Zufall. Menschen wählen nicht automatisch Rechts, weil
25 es ihnen schlecht geht. Aber Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht
26 sind, haben eine größere Anfälligkeit für rechte Märchen-Geschichten. Allein in
27 Berlin leben über 600.000 Sozialhilfe-Empfänger*innen. Und wer Angst hat, keine
28 bezahlbare Wohnung zu finden, der glaubt auch schneller, dass die
29 Asylbewerber*innen von Nebenan ihm diese wegnehmen wollen.

30 Wer rechten Kräften den Nährboden entziehen will, der muss soziale Politik
31 machen. Und die gibt es zu wenig in der EU und in Deutschland. Während die
32 Reichen immer reicher werden, müssen immer mehr Menschen den letzten Euro des
33 Monats zwei mal umdrehen. Lindner klammert sich fest an seiner Schuldenbremse
34 und die SPD will das Bürgergeld kürzen. Währenddessen leben allein in Berlin
35 1.200 Millionär*innen. Unsere Antwort auf diese Ungerechtigkeit ist ein
36 solidarisches, soziales Europa mit einer vereinten Arbeiter*innenklasse für
37 globale Gerechtigkeit.

38 **Ein klimagerechtes Europa**

39 Das 1,5°C Ziel wurde 2023 überschritten. Das Versprechen auf dem sich vor allem
40 die europäischen Länder, als kapitalistische Zentren der Welt und damit als
41 Hauptverursacher der Klimakrise, ausgeruht haben, wurde gebrochen. Das ist keine
42 Überraschung, denn kein EU-Land zeigt den Mut im Sinne des Klimaschutzes voran
43 zu gehen und effektive und notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Die EU-Kommission
44 gibt sich zwar grün, doch im Zweifel haben Profitinteressen Vorrang. Auch der
45 Berliner Senat hört lieber auf die Autolobby, und verfolgt Straßenbauprojekte
46 wie die A100 oder die Atngentiale Verbindung Ost, anstatt das Geld in
47 Klimaschutz zu investieren. Wir kämpfen für einen Klimaschutz, der die
48 Profiteure zur Kasse bittet und das Leben der Menschen verbessert.

49 **Ein Europa der Menschenrechte**

50 Schaut man an die Grenze der EU, fehlt jede Spur von "europäischen Werten".
51 Während Menschenrechte gepredigt werden, lässt die EU tausende Menschen im
52 Mittelmeer ertrinken. Die "Festung Europa" wird ausgebaut. Dabei ist es oft die
53 aubeutende Politik der europäischen Nationen selbst, die Menschen zur Flucht
54 zwingt. Auch in Berlin-Brandenburg wird mit dem Abschiebezentrum am BER eine
55 Asylpolitik praktiziert, die ihren Namen nicht verdient.

56 Die deutsche Zustimmung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) und der
57 damit verbundenen faktischen Abschaffung des Asylrechts zeigt, dass rote Linien
58 ganz schnell vergessen werden. Egal wie groß die "Bauchschmerzen" auch sind, am

59 Ende leiden die Menschen, die gezwungen sind ihre Heimat zurückzulassen.

60 Dabei ist klar: Durch Abschottung flieht kein Mensch weniger. Wir verteidigen
61 das Recht auf Asyl, denn es ist nicht verhandelbar! Gleichzeitig nimmt Rassismus
62 und Ablehnung gegenüber geflüchteten Menschen zu. Dieser Hass und diese Hetze
63 bedrohen nicht nur Geflüchtete an den Außengrenzen, sondern auch migrantisch
64 gelesene Menschen in der EU.

65 Deswegen stehen Menschenrechte und Antirassismus für uns im Mittelpunkt!

66 **Ziele der Kampagne**

67 Ziel unserer Kampagne ist mehr als gute Wahlergebnisse für linke Kräfte - Ziel
68 ist die Politisierung und Organisierung junger Menschen in Berlin.

69 Wir wollen diese Kampagne nutzen, um als Verband zentrale Themen nach vorne zu
70 stellen und weiter zu wachsen – denn nur, wenn wir viele sind, kann eine starke
71 Linke für internationale Solidarität kämpfen! Dabei wollen wir vor allem
72 migrantisierte Menschen und Personen unter 20 Jahren noch mehr ansprechen, als
73 wir es jetzt tun!

74 Die Europawahl hat dabei aufgrund des neu eingeführten Wahlalters von 16 Jahren
75 und dem Wahlrecht für alle Menschen mit europäischem Pass ein riesen
76 Mobilisierungspotential.

77 Wir wollen unsere kritische Analyse der aktuellen politischen Lage der EU
78 schärfen und die Themen gemeinsam in Aktionen auf die Straße und an die
79 Öffentlichkeit bringen.

80 **Auf allen Ebenen aktiv**

81 Dafür wird die Kampagne dezentral stattfinden. Durch eine Einbindung der
82 Kreisverbände wollen wir die Menschen dort abholen, wo sie sind: An der Uni, der
83 Schule oder am Betrieb. Gleichzeitig wollen wir vom Theoretischen zum Praktischen
84 kommen und die Kreisverbände ausbilden, stärken und kampagnenfähig machen.

85 Dabei werden die Kreisverbände durch den Landesvorstand mittels
86 Bildungsangeboten und gemeinsamer strategischer Planung in enger Zusammenarbeit
87 unterstützt.

88 Parallel und im Anschluss zu der Europakampagne wird die (Neu-

89)Mitgliedereinbindung im Landesverband und den Kreisverbänden mit dem Ziel
90 professionalisiert, dass neue Mitglieder gut integriert und aktive Mitglieder
91 gefördert werden. Gemeinsam wollen wir den Verband nicht nur wachsen lassen,
92 sondern auch aktive und gut ausgebildete linke Menschen hervorbringen, die
93 politisch wirksame Arbeit leisten können.

94 **Europa, aber links.**

95 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir die Europakampagne dafür nutzen, junge
96 Menschen zu politisieren und unseren Verband zu stärken. Gerade im aktuellen
97 politischen Klima ist für uns nämlich klar: Es gibt keine linken
98 gesellschaftlichen Mehrheiten. Mit unserer Kampagne tragen wir unseren Teil dazu
99 bei, linke Mehrheiten zu organisieren!

100 Denn ein solidarisches, klimagerechtes und soziales Europa?

101 Das erreichen wir nur mit Links!

Begründung

Erfolgt mündlich.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Jette Nietzard (LV Grüne Jugend Berlin)*

Tagesordnungspunkt: *4 Verschiedene Anträge*

V1: Außenbezirke von Innen stärken

Antragstext

1 Den ganzen Winter hat sich die Grüne Jugend Berlin mit einem Thema beschäftigt:
2 Außenbezirke. Zunächst eine Begriffsdefinition: spricht dieser Antrag von
3 Außenbezirken, meinte er ganz Berlin außerhalb vom Ring.

4 Wir, die in diesen Gebieten leben, kennen den täglichen Schmerz nur allzu gut,
5 der Bus kommt mal wieder nicht, die S Bahn eh nur alle 20 Minuten, von einem
6 Jugendzentrum träumen wir schon lange und nen späti suchste vergeblich. Tägliche
7 Lebensrealität sieht hier eben anders aus. Aber wir, die Zeit unseres Lebens
8 dort verbracht haben, wissen auch wie gut es ist noch ne Freifläche zu haben,
9 auf der wir sprayen können. Oder haben als einize den BVG Muva verstanden. Und
10 zumindest müssen wir nicht einschlafen um die U Bahn Endhaltestellen
11 kennenzulernen. Wir sind viele – denn 70% der Menschen in berlin wohnen eben
12 genau dort: außerhalb vom Ring.

13 Als Grüne Jugend haben wir im letzten Winter viel gelernt und setzen stetig
14 daran, unsere Arbeit in den Außenbezirken zu stärken. Und nicht nur das, auch
15 Brandenburg hat unseren vollsten Support. Dabei sehen wir vor allem die
16 Innenstadt-Mitglieder in der Verantwortung, ihren Beitrag zu diesem
17 Strukturaufbau zu leisten. Ob das beim nächsten Wahlkampfevent, Skillsharing
18 oder einfach bei einer weiteren Anreise zur nächsten LMV.

19 Als Grüne Jugend Berlin setzen wir bei den tiefstliegenden politischen Problemen
20 an. Denn wenn Politik nur oberflächlich Probelem löst, kommen Schwebbahnen
21 statt Verteilungsfragen dabei raus. Doch genau um die geht es: Investitionen für
22 die Schiene (und Busse!), damit Mobilität für alle garantiert ist. Investitionen
23 in die Jugend, damit auch im letzten Haus vor der Stadtgrenze niemand
24 alleingelassen wird. Eben soziale Lösungen für alle, statt Lastenräder für
25 wenige. Das machen wir natürlich nicht alleine, sondern mit den vielen
26 engagierten Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort.

27 Deshalb setzt sich die Grüne Jugend Berlin konkrete Ziele, um über die nächsten
28 Jahre konstant auch in den Außenbezirken einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen
29 und Vor Ort überall in Berlin präsent zu sein:

- 30 • Veranstaltungen werden vorrangig in die Außenbezirke gelegt um vor Ort
31 sichtbar zu sein und Menschen wohnortnah einzuladen.

- 32 • Berlin bleibt Berlin und damit strukturstärker als Brandenburg – wir
33 organisieren daher gemeinsame niedrigschwellige Veranstaltungen mit der GJ
34 Brandenburg

- 35 • Insbesondere unterstützen wir finanziell und personell den Wahlkampf in
36 Brandenburg

- 37 • wir sprechen Menschen in Außenbezirken explizit an um sie in der Grünen
38 Jugend zu fördern

- 39 • wir geben gezielt Geld für die Stärkung der Außenbezirke aus (bspw. durch
40 Veranstaltung, KV Unterstützung oder Materialien)

- 41 • Aktiventreffen von Landesebene finden möglichst außerhalb der Ringbahn
42 statt und örtliche Kreisverbände werden in der Planung mit eingebunden

- 43 • Die KV-Trios treffen sich weiter mindestens zweimal im Jahr und die
44 Innenstadtbezirke bemühen sich um eine entlastung bei der Organisation.
45 Weitere Kooperationen mit anderen Kreisverbänden sind immer gern gesehen

- 46 • Im Wahlkampf ist es erklärtes Ziel, dass jedes Mitglied eine Aktion
47 außerhalb der Ringbahn besucht

- 48 • Jede Kampagne die die GJ Berlin macht muss spezifisch auf die Außenbezirke
49 anwendbar sein, jede dritte muss ein spezifisches Thema des Außenbezirks
50 aufgreifen.

51 So stellen wir sicher, dass wir die Perspektive von Mitgliedern, die im
52 Außenbezirk wohnen oder aufgewachsen sind einbeziehen und uns als Verband
53 weiterentwickeln können. Wir erhöhen die Selbstwirksamkeitserfahrung der
54 betroffenen Kreisverbände und stärken die Grüne Jugend selbst. Besser geht
55 nicht.

ANTRAG

Gremium: KV Ost

Beschlussdatum: 15.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V2: JUNGE PERSPEKTIVEN: ENGAGEMENT UND UNTERSTÜTZUNG BEI DEN WAHLEN 2024/2025

Antragstext

1 2024 und 2025 stehen entscheidende Jahre für die politische Landschaft bevor,
2 mit Wahlen auf europäischer, landes- und bundespolitischer Ebene. Als Mitglieder
3 der Grünen Jugend Berlin erheben wir den Anspruch, junge, engagierte Menschen
4 unter 28 Jahren aktiv in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden und
5 ihre Repräsentation zu stärken.

6 **Europawahl 2024: GJBerlin auf der europäischen Bühne**

7 Die Europawahl 2024 ist nicht nur eine Chance für die Grüne Jugend Berlin, ihre
8 Ideen in die europäische Agenda einzubringen, sondern auch eine Gelegenheit,
9 Menschen zu erreichen, die gerade politisiert werden. Wir verstehen die
10 Bedeutung, junge Perspektiven und progressive Ansätze für ein starkes Europa zu
11 fördern und setzen uns das Ziel, insbesondere Menschen anzusprechen, die sich
12 gerade erst politisch interessieren.

13 Unsere Initiative konzentriert sich darauf, die Grundsätze einer nachhaltigen,
14 inklusiven und demokratischen Europäischen Union auf eine Art und Weise zu
15 kommunizieren, die für politisch Neugierige ansprechend und zugänglich ist. Wir
16 möchten die Grüne Jugend Berlin als eine Plattform etablieren, die nicht nur
17 Ideen teilt, sondern auch Raum für Diskussionen, Lernen und Engagement bietet.

18 Die Herausforderungen unserer Zeit erfordern eine breite Beteiligung, und wir
19 sind fest entschlossen, Menschen auf dieser politischen Reise abzuholen. Durch
20 kreative Ansätze im Wahlkampf, digitale Bildungsinitiativen und partizipative
21 Veranstaltungen streben wir danach, eine generationenübergreifende Bewegung für
22 ein starkes und vereintes Europa zu schaffen. Unsere Vision ist es, dass die

23 Grüne Jugend Berlin nicht nur politisiert, sondern auch als Sprachrohr für
24 diejenigen dient, die gerade ihre politische Stimme entdecken.

25 **Landtagswahlen im Osten 2024: Solidarität und Unterstützung**

26 Die jüngsten Ereignisse haben uns eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig
27 der Kampf gegen rechts und für die Demokratie ist. Angesichts der bevorstehenden
28 Landtagswahlen im Osten am 1. September in Sachsen und Thüringen sowie am 22.
29 September in Brandenburg setzen wir uns das Ziel, die Grüne Jugend vor Ort
30 nachhaltig zu unterstützen.

31 Unsere Initiative konzentriert sich nicht nur auf den Kampf gegen Rechts,
32 sondern auch auf alle anderen relevanten Themen, die von den Landesverbänden vor
33 Ort gesetzt wurden. Wir setzen auf eine aktive Unterstützung der Wahlkampagnen
34 vor Ort, die Organisation gemeinsamer Veranstaltungen und die Förderung junger,
35 progressiver Stimmen innerhalb der Gemeinschaft. Unser Ziel reicht dabei über
36 den Wahlzeitraum hinaus – wir möchten eine dauerhafte Plattform für junge Ideen
37 und Engagierte im Osten schaffen.

38 Durch gemeinsame Anstrengungen setzen wir ein klares Zeichen für die Bedeutung
39 von Demokratie, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit. Gemeinsam möchten wir
40 nicht nur bei den Wahlen unterstützen, sondern auch langfristig das
41 Jugendengagement im Osten stärken und fördern.

42 **Bundestagswahl 2025: GJ Berlin auf Bundesebene**

43 Auch die Bundestagswahl 2025 ist von entscheidender Bedeutung für die politische
44 Zukunft unseres Landes. Wir setzen uns das Ziel, einen aussichtsreichen Platz
45 für eine Kandidat*in der Grünen Jugend Berlin auf der Bundestagsliste zu fordern
46 und zu vergeben. Dieses Votum wird unter Berücksichtigung von
47 Geschlechtergerechtigkeit (F*IT-Votum) vergeben, um die Förderung von Frauen*,
48 inter und trans*- Personen zu betonen.

49 **Transparenz und Unterstützung für unsere Kandidat*innen**

50 Wir streben Transparenz im Votumprozess an und werden alle Bewerbungen
51 zeitgleich vor der votenvergebenden Versammlung veröffentlichen. Unser Ziel ist
52 es, unsere Kandidat*innen bestmöglichst zu unterstützen. Wir werden eine
53 Verhandlungskommission einsetzen um eine möglichst gute Ausgangssituation für
54 unsere Kandidatin zu schaffen.

55 **Zusammenarbeit zwischen Mandatsträger*innen und Grüner Jugend Berlin**

56 Wir erwarten von unserer gewählten Vertreter*in eine enge Zusammenarbeit mit der
57 Grünen Jugend Berlin. Dies beinhaltet regelmäßige Austausche, die Integration
58 von GJ-Positionen und die Unterstützung von Initiativen, die unsere gemeinsamen
59 Werte fördern. Die Mandatsträger*innen sollen dabei helfen, die Stimmen der
60 Grünen Jugend Berlin in den politischen Entscheidungsprozessen des Bundestags zu
61 etablieren.

62 **Aktive Einbindung in den Wahlkampf und politische Prozesse**

63 Die Grüne Jugend Berlin setzt sich das Ziel, aktiv mit einer eigenen Kampagne in
64 den Wahlkampf für die Bundestagswahl 2025 zu gehen. Dies umfasst die
65 Unterstützung von Jung-Grünen Kandidat*innen, die Förderung junger Perspektiven
66 und die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, um die Verbindung zwischen der
67 Grünen Jugend Berlin und den grünen Wahlkampagnen zu stärken.

68 Gemeinsam können wir eine progressive und zukunftsgerichtete Politik auf
69 europäischer, landes- und bundespolitischer Ebene vorantreiben. Die Grüne Jugend
70 Berlin ist bereit, sich aktiv an diesen wichtigen Wahlen zu beteiligen und ihre
71 Visionen in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

ANTRAG

Gremium: Grüne Jugend Xhain

Beschlussdatum: 15.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V3: Soziale Lösungen für soziale Probleme statt Law-And-Order Symbolpolitik im Görli!

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Berlin stellt sich gegen die vom Senat geplanten Maßnahmen für
2 "mehr Sicherheit" im Görli, welche das Umzäunen, die nächtliche
3 Schließung des Parks und die Videoüberwachung der Eingänge beinhalten.
4 Stattdessen fordern wir nachhaltige und soziale Lösungen, um die strukturelle
5 Ursachen der Probleme im Park anzugehen.

6 Seit der Coronapandemie hat sich die soziale Lage dramatisch verschärft. Die
7 aktuelle Situation im Park ist vom Konsum und Verkauf von immer härteren Drogen,
8 zunehmender Verelendung und Abhängigkeit, und der daraus entstehenden
9 Begleitkriminalität und Obdachlosigkeit geprägt. In Reaktion hierauf hat sich
10 auch die Polizeipräsenz im Park in den letzten Jahren stark verschärft, jedoch
11 ohne wirksamen Effekt auf die Problematik dort. Gleichzeitig lag der Fokus nicht
12 auf der langfristigen Finanzierung von sozialen Angeboten im Görli.

13 Auch die neu vom schwarz-rot geführten Senat erarbeiteten Maßnahmen für den
14 Görli werden diese Probleme nicht lösen und stehen gegen den Willen
15 vieler Anwohner*innen, die nicht beteiligt wurden sowie gegen die aktuelle
16 Beschlusslage der BVV. Sie fördern zudem die Verdrängung in die unmittelbare
17 Nachbarschaft. Sie sind reine Symbolpolitik: Obwohl der Senat keine
18 wissenschaftliche Grundlage oder klare rechtliche Zuständigkeit für den Bau des
19 Zaunes hat, scheut dieser nicht die unverhältnismäßigen Kosten von 3 Millionen
20 Euro, während an anderen Stellen in den Bezirken heftig das Budget gekürzt
21 wurde. Außerdem marginalisieren und kriminalisieren diese polizeilichen und
22 baulichen Maßnahmen Menschen, die unter einem unsicheren Aufenthaltsstatus
23 leiden und potentiell von Abschiebung bedroht sind.

24 Die Sicherheit im Park und im umliegenden Kiez wird durch repressive Law-And-
25 Order Politik, wie durch das Absperren des Parks und durch Videoüberwachung
26 nicht verbessert. Solche unterkomplexen und populistischen Maßnahmen werden
27 diesen vielschichtigen Problematiken nicht gerecht. Steigender Konsum von harten
28 Drogen und damit einhergehende Begleitkriminalität lassen sich nur durch
29 Maßnahmen wie rund um die Uhr geöffnete Konsumräume, ganzjährige
30 Übernachtungsangebote für obdachlose Menschen, Ausweitung der Drogensozialarbeit
31 sowie bessere Beleuchtung des Parks lösen.

32 Außerdem müssen Sport- und Kulturangebote im Park gestärkt und besonders auch
33 Jugendsozialarbeit gefördert werden, um den Park wieder zu dem wichtigen
34 Erholungsort im Kiez zu machen, der er einmal war. Der Görlitzer Park sollte als
35 Raum für Natur, Freizeit und Ausgleich für ALLE Anwohner*innen,
36 Kreuzberger*innen und Besucher*innen zur Verfügung stehen.

37 Der Görlitzer Park zeigt außerdem beispielhaft, dass es in Deutschland eine
38 regulierte Drogenpolitik, die Legalisierung von Cannabis sowie eine tatsächlich
39 humane Einwanderungspolitik braucht, welche Menschen schnell Zugang zu legalen
40 Aufenthaltstiteln, gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeit ermöglicht.

41 **Deshalb fordern wir die GRÜNE JUGEND Berlin auf:**

42 - bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Thema verstärkt zu priorisieren und auf sie
43 einzuwirken, die bloße Symbolpolitik des rot-schwarzen Senats, die nur auf
44 Symptombekämpfung abzielt, noch stärker anzuprangern und nachhaltige Lösungen zu
45 fordern

46 - in Kooperation mit anderen Jugendverbänden, wie mit der Parteijugend der SPD,
47 den Jusos, Gespräche führen und gemeinsame Aktionsformate zu erarbeiten

48 - soziale Problematiken wie Drogenkonsum, Wohnungslosigkeit und besonders auch
49 das Thema Jugendsozialarbeit und Angebote für Jugendliche auch berlinweit
50 stärker in den Fokus zu rücken

51 - sich mit anderen Landesverbänden und gesellschaftlichen Organisationen zu
52 vernetzen um Strategien für derartige Problemlagen zu entwickeln, und auch
53 Bündnis 90/ DIE GRÜNEN auffordern, dies zu tun

54 - sich einzusetzen für mehr Forschungsgelder zu harten Drogen wie Crack und
55 Fentanyl im Bezug auf die sozialtherapeutischen Möglichkeiten und eventuelle
56 Substitutionsmittel.

Begründung

Einstimmig beschlossen von der Grünen Jugend Friedrichshain-Kreuzberg am 15.02.2024

ANTRAG

Gremium: Sophie Witt und Lukas Kuhnert

Beschlussdatum: 08.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V4: Gender-Budgeting-Konzept

Antragstext

1 **Definition Gender-Budgeting**

2 Als GRÜNE JUGEND Berlin legen wir einen besonderen Fokus auf die Gleichstellung
3 und Förderung von FINTA*-Personen. Das Gender-Budgeting dient als
4 finanzpolitisches Werkzeug der Strategie des Gendermainstreamings und
5 berücksichtigt die Geschlechterperspektive bei der Gestaltung unserer
6 finanziellen Ausgaben. Durch eine datenschutz-sensible, doch möglichst genaue
7 Erfassung soll das Gender-Budgeting einen transparenten Einblick in die Finanzen
8 der GRÜNEN JUGEND Berlin, unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive,
9 bieten.

10 FINTA*= Frauen, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen

11 **Genaue Zielsetzung**

12 Das übergeordnete Ziel des Gender-Budgeting ist die Gleichstellung von FINTA*s
13 und cis-männlichen Personen bei der finanziellen Ressourcenverteilung der GRÜNEN
14 JUGEND Berlin. Die unterschiedlichen Lebenssituationen von FINTA*s und cis-
15 männlichen Personen sollen in budgetpolitische Entscheidungen integriert und die
16 Gelder der GRÜNEN JUGEND Berlin im Sinne einer Förderung von Gleichstellung
17 eingesetzt werden. Dabei sollen mindestens die Hälfte der finanziellen
18 Ressourcen der GRÜNEN JUGEND Berlin in die Förderung und Aufwandsentschädigung
19 von FINTA* fließen.

20 **Kategorisierung**

21 Für das Gender-Budgeting werden alle Ausgaben ohne Personenbezug nicht beachtet
22 dazu zählen in der Regel Miete, Materialien für Büro- und Öffentlichkeitsarbeit,
23 Transportkosten und Technische Ausstattung. Alle personenbezogenen Ausgaben
24 werden im Gender-Budgeting erfasst und kategorisiert. Dabei sind die Kategorien
25 Honorare, Personalkosten und Großveranstaltungen als "besonders relevant"
26 einzuordnen, da bei Honorar- und Personalkosten ein direkter personeller Profit
27 entsteht und Großveranstaltungen ab 20 Personen mit Anmelde Listen eine präzise
28 Datenerhebung ermöglichen. Fahrtkosten, Geschenke, kleinere Veranstaltungen und
29 Aufwandsentschädigungen werden ebenfalls ins Gender-Budgeting einbezogen. Dabei
30 werden Aufwandsentschädigungen nur als "mäßig relevant" eingestuft, da der
31 Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin bereits durch die Satzung quotiert wird.

32 **Erfassung**

33 Für eine Veranstaltung der GRÜNEN JUGEND Berlin, welche von einem Gremium der
34 Landesebene ausgerichtet wird, muss die Kategorie Gender mit der Anmeldung
35 abgefragt werden. Kreisverbände und Fachforen sind von dieser Regelung nicht
36 betroffen. Zudem wird das Gender-Verhältnis auf Erstattungsanträgen der GRÜNEN
37 JUGEND Berlin festgehalten.

38 Wenn mit externen Personen Honorarverträge abgeschlossen werden wird dabei das
39 Gender festgehalten.

40 **Datenschutz**

41 Alle Genderbezogenen Daten, welche nicht anonymisiert sind und im Rahmen des
42 Gender -Budgetings gesammelt werden sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen
43 nur Personen zugänglich gemacht werden, welche an der Finanzbuchhaltung der
44 GRÜNEN JUGEND Berlin, im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses oder als
45 Amtsträger*innen der GRÜNEN JUGEND Berlin, arbeiten. Sie werden werden
46 spätestens mit dem Abschluss des Gender-Budgetings gelöscht oder unkenntlich
47 gemacht.

48 Keine Person ist dazu verpflichtet entsprechende Angaben zu tätigen.

49 **Darstellung**

50 Im Gender-Budgeting-Bericht werden die Gesamtausgaben der GRÜNEN JUGEND Berlin
51 geordnet nach Kategorie und Gender in absoluten Zahlen und Anteilen des
52 Haushalts aufgeführt. Die Ausgaben für Personal werden getrennt aufgeführt um
53 eine Verzerrung durch den hohen Anteil am Gesamthaushalt zu vermeiden.

54 Den statistischen Daten folgen Empfehlungen um in der Zukünftigen
55 Haushaltsführung einen besseren ausgleich nach Gender zu erreichen. Dabei gilt
56 einer mögliche Benachteiligung von FINTA*-Personen besondere Aufmerksamkeit.

Begründung

erfolgt mündlich

ANTRAG

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 17.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V6: Beschäftigte der BVG unterstützen - #WirFahrenZusammen

Antragstext

1 Als GRÜNE JUGEND Berlin solidarisieren wir uns mit den Streikenden Bus- und
2 Bahnfahrer*innen der BVG und den Forderungen ihrer Gewerkschaft ver.di, welche
3 lauten:

4 · 33 Tage Urlaub

5 · Urlaubsgeld von 500€ pro Jahr

6 · Eine Wendezeit* von 10 Minuten auf allen Linien

7 · Eine Erhöhung der Ruhezeiten** im Fahrdienst auf 12 Stunden

8 *Aufenthaltszeit an Endhaltestelle vor Abfahrt in die Gegenrichtung

9 **Pausen zwischen Diensten

10 Unsere Solidarität zeigen wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit, bei gemeinsamen
11 Streiks am Streikposten von ver.di und unserer Teilnahme am WFZ-Aktionstag am
12 01.03.2024.

Begründung

Erfolgt mündlich

ANTRAG

Gremium: Vorstand GJ Neukölln

Beschlussdatum: 16.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V7: Tempelhofer Feld bleib!

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Berlin setzt sich für den Erhalt des Tempelhofer Felds als
2 Grün- und Naherholungsfläche ein. Dabei ist es besonders wichtig die Gesamtheit
3 des Tempelhofer Felds zu schützen. Besonders die folgenden Bemühungen des
4 aktuellen Senats sieht die Grüne Jugend Berlin kritisch und setzt sich dagegen
5 ein:
- 6 • Missachtung des Volkseitscheides von 2014
 - 7 • Einen zweiten sogenannten "Volksentscheid von oben", als undemokratisches
8 Mittel
 - 9 • Eine Randbebauung und die damit einhergehende Zerstörung der ökologisch
10 und gesellschaftlich wertvollen Flächen und faktischen Verkleinerung des
11 Naherholungsortes.

Begründung

Die Grüne Jugend Neukölln hat folgendes letztes Jahr beschlossen und setzt sich deshalb auf Landesebene für den Erhalt des Tempelhofer Feld ein.

Die Grüne Jugend Neukölln steht für eine Erhaltung des gesamten Tempelhofer Feldes ein.

Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Koalition in Berlin meint, es bedürfe einer neuen Debatte über die Zukunft des Tempelhofer Feldes. Es sollen Möglichkeiten einer

„behutsamen Randbebauung in begrenzten Teilen der Fläche“ ausgelotet werden. Dies sei aufgrund der „zugespitzten Wohnungsnot seit dem Volksentscheid 2014“ nötig. In diesem Vorhaben zeigt sich, wie CDU und Teile der SPD Entscheidungen, welche die

Bürger*innen dieser Stadt in Volksentscheiden getroffen haben, nicht akzeptieren und

umsetzen. Mit dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld von 2014 wurde ein Gesetz beschlossen, welches die Bebauung des Tempelhofer Feldes verbietet und die Stadt Berlin dazu verpflichtet, das Tempelhofer Feld in seiner Gesamtheit zu erhalten und aktiv zu schützen. (vgl. § 5 Abs. 2, 3 Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes). Mit dem Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co. enteignen von 2021 wurde dem Senat der

Auftrag erteilt „alle Maßnahmen einzuleiten“, welche für die Überführung von Immobilien in Gemeineigentum erforderlich sind und hierfür ein Gesetz zu erarbeiten.

Anstatt sich an erstgenannten Volksentscheid zu halten und konstruktiv an der Umsetzung des zweitgenannten Volksentscheides zu arbeiten, fantasieren die Spitzen von CDU und SPD lieber von „Wohnquartieren mit breiten sozialen Angeboten“ und einem „internationalen städtebaulichen Wettbewerb“. Mit einer Randbebauung des Tempelhofer Feldes als Prestigeobjekt möchte die Koalition über die Nichtumsetzung des Volksentscheides Deutsche Wohnen und Co. und andere Probleme, wie die fortschreitende Errichtung von Bürogebäuden und Luxuswohnungen statt bezahlbaren Wohnraums auf bereits erschlossenen Freiflächen hinwegtäuschen. Wir fordern den Senat auf, die Entscheidungen der Bürger*innen zu akzeptieren und umzusetzen!

Gegen eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes sprechen neben einer demokratisch getroffenen Entscheidung noch viele weitere Argumente. Das Tempelhofer Feld ist ein Alleinstellungsmerkmal Berlins. Es ist die größte innerstädtische Freifläche der Welt. Es hat große gesellschaftliche und ökologische Bedeutung für die Stadt.

Für die Bewohner*innen der Bezirke Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg und Tempelhof und auch für die Berliner*innen aus nicht direkt abgrenzenden Bezirken stellt das Tempelhofer Feld einen wichtigen Ort zur Naherholung dar. In den Bezirken Kreuzberg und Neukölln befinden sich dabei auch die am engsten besiedelten Quartiere Berlins mit einer Bevölkerungsdichte von über 700 Einwohner*innen pro Quadratkilometer. In einer Stichprobe aus dem September 2020 wurde eine wöchentliche Besucherzahl von 194.214 Besuchern ermittelt. Aus diesen Zahlen lässt sich ablesen, dass gerade im Sommer die gesamte Fläche des Tempelhofer Feldes gebraucht und genutzt wird. Eine Randbebauung würde die zur Verfügung stehende Fläche verkleinern, wodurch diese wiederum überfüllter und unattraktiver würde.

Aus dem Besucher*innenmonitoring zum Tempelhofer Feld aus dem Jahr 2020 geht hervor, dass die Zufriedenheit der Besucher*innen mit dem Tempelhofer Feld im aktuellen Zustand höher liegt, als der Durchschnitt für Berliner Parks. Hierbei wurde durch die Besucher*innen insbesondere die Sicherheit des Parks, die Barrierefreiheit und die Erreichbarkeit des Parks positiv vermerkt. Auch die Luftqualität in Bezug

auf Stickstoffoxide und Feinstaub ist auf dem Tempelhofer Feld besser als in den angrenzenden Kiezen. Wichtig ist auch, dass der Park anders als manche andere große Parkanlagen in Berlin wie der Britzer Garten oder die Gärten der Welt kostenfrei zugänglich ist. Durch diese Möglichkeit der Menschen das Tempelhofer Feld als Bewegungsraum zu nutzen verbessert sich ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden was auch einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen hat, da dadurch auch Gesundheitskosten reduziert werden. Aus ökologischer Sicht ist das Tempelhofer Feld als Klimaregulator für die anliegenden Kieze von hoher Relevanz. So kann auf dem Tempelhofer Feld nachts Hitze ungehindert abstrahlen und so als Kälteinsel die umliegenden Kieze abkühlen.

Zudem fungiert die große unversiegelte Fläche (221 von 303 ha, 73% der Fläche sind Wiesen) es als Versickerungsfläche für Regenwasser, welches so in den natürlichen Wasserkreislauf gelangen kann. Des Weiteren trägt das Gelände auch mit der Speicherung von Kohlenstoff in Pflanzen zur Erreichung des Berliner Klimaziels bei. Das Tempelhofer Feld bietet einer großen Vielfalt an Lebewesen einen Lebensraum. Zudem stellt das Tempelhofer Feld ein wichtiges Denkmal für die Geschichte des Nationalsozialismus, des kalten Krieges und der deutsch-deutschen Teilung dar und steht mit seinen Flughafengebäude als Gesamtanlage unter Denkmalschutz.

Auch bautechnische und baupolitische Gründe sprechen gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes. So zeigt sich momentan bei der Bebauung des ehemaligen Flughafens Tegel, dass der Boden entkontaminiert werden muss, was einen großen Aufwand bedeutet. Zudem müsste der Baugrund auf dem Tempelhofer Feld neu erschlossen werden, sowohl verkehrstechnisch als auch für die Versorgung mit Wasser, Abwasser und Elektrizität. All dies würde dafür sorgen, dass die Wohnungen ohne eine Förderung durch die Stadt keinesfalls bezahlbar realisiert werden kann. Derzeit befinden sich in Berlin 14 Quartiere in der Planung und zum Teil in der Umsetzung.

Eine Bebauung des Tempelhofer Feldes würde Personal in den zuständigen Stellen binden, welches ohnehin schon knapp bemessen ist und so die Umsetzung bereits geplanter und zeitnah umsetzbarer Projekte zur Schaffung von mehr Wohnraum verzögern.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass selbst bei einem schnellen Verfahren nicht mit der Fertigstellung von Wohnungen auf dem Tempelhofer Feld nicht vor 2035 zu rechnen ist, sodass die Pläne zur Bebauung nicht zur schnellen Lösung für die aktuelle angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt geeignet ist.

Die gebauten Gebäude sollen laut Koalitionsvertrag zudem nur klimaneutral betrieben werden, nicht aber über ihren gesamten Lebenszyklus klimaneutral sein sollen. Der Bau und Abriss von konventionellen Gebäuden ist aufgrund der verwendeten Materialien (insb. Stahl und Zement) allerdings klimaschädlich. Das kann vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe nicht der Anspruch an ein neues Quartier sein.

Abschließend wird noch auf die besondere Bedeutung des Tempelhofer Feldes für junge Menschen eingegangen. Hier finden Kinder und Jugendliche aus den anliegenden Bezirken, welche sich oftmals ein Zimmer mit mehreren Geschwistern teilen, einen Freiraum um sich mit Freund*innen zu treffen, ohne dass dabei Anwohner*innen gestört werden.

All diese Argumente machen die Bedeutung des Tempelhofer Feldes in seiner für die anliegenden Kieze aber auch für Berlin insgesamt deutlich. Einen Eingriff in diesen für Menschen, Klima, Tiere und Pflanzen wichtigen Ort wollen wir nicht zulassen. Deshalb fordern wir die Koalition auf, gar nicht erst in Planungen für dieses Projekt zu gehen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Elina Schuhmacher, Tjado Stemmermann*

Tagesordnungspunkt: *4 Verschiedene Anträge*

V8: Emmauswald bleibt!

Antragstext

1 Der Emmauswald in Neukölln soll einer Bebauung mit teuren Eigentumswohnungen
2 durch den Immobilienkonzern Buwog/Vonovia weichen, die auch in den umliegenden
3 Kiezen zu Preissteigerungen und Verdängung führt. Da es auf bezirklicher Ebene
4 für dieses Vorhaben keine Mehrheit gefunden hat, hat der Senat das Verfahren zur
5 Aufstellung eines Bebauungsplans (B-Plan) an sich gezogen.

6 Als Grüne Jugend Berlin stehen wir für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung,
7 die den Interessen der Berliner*innen folgt und nicht denen profitorientierter
8 Immobilienkonzerne. Das Vorhaben der Buwog auf dem Emmauswaldgelände ist weder
9 sozial noch ökologisch. Deshalb fordern wir:

10 1. *Keine Bebauung des Emmauswald.* Der Emmauswald in Neukölln soll erhalten und
11 geschützt werden. Eine Bebauung mit Sozialwohnungen der anliegenden Brachfläche
12 (die Teil des gesamten B-Plans ist) begrüßen wir.

13 2. *Rückübertragung des B-Plan Verfahrens an den Bezirk Neukölln.* Ein Entzug der
14 Planungsrechte durch den Senat, nur um die Gewinnmaximierung des Investors
15 durchsetzen zu können, ist beschämend und hat nichts mit einem "Gesamtinteresse
16 Berlins" zu tun. Bezirkliche Fragen der Stadtentwicklung sollen im Bezirk
17 entschieden werden - hier also in Neukölln.

18 3. *Behutsame Öffnung des Geländes.* Das Gelände soll möglichst zumindest in
19 Teilen und unter Berücksichtigung des Naturschutzes für die Anwohner*innen
20 geöffnet werden.

21 Berlin braucht mehr sozialen Wohnraum und mehr ökologische Flächen. Eine
22 Bebauung des Emmauswaldes ist weder sozial, noch ökologisch.

Begründung

Im Sommer 2023 stellten die Berliner Forsten offiziell fest: Bei dem Gelände handelt es sich um einen Wald nach Landeswaldgesetz. Und zwar um den größten Wald in Neukölln!

Jeder Berliner hat das Anrecht auf 6 Quadratmeter wohnortnahe Grünfläche – in Nord-Neukölln sind es derzeit weniger.

Laut Kartierung des Bezirks (Stand 2013) stehen auf dem Emmauskirchhof West 725 Bäume, wovon bereits 2013, 231 Bäume als erhaltenswert eingestuft wurden. Darunter sind 84 besonders wertvolle und prägende Bestandsbäume mit Stammumfängen >130 cm gelistet, unter denen sich Linden, Eichen, Ahorn und Kastanien befinden.

hier gibt's Infos zur Initiative: <https://emmauswald-bleibt.de/>

hier gibts mehr Infos zur Entziehung des Bebauungsplans durch den Senat:

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/09/berlin-neukoelln-bezirk-senat-emmaus-kirchhof-wald.html>

ANTRAG

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 17.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V9: Nachbesetzung von Teams

Antragstext

1 In allen Teams unseres Landesverbands, die aktuell noch nicht in der Satzung
2 festgeschriebene Wahlregelungen haben (Kampagnenteam, Antragskommission), können
3 durch Rücktritt freigewordene Plätze durch den Landesvorstand nachbesetzt
4 werden. Dies geschieht anhand einer allen Mitgliedern offen stehenden
5 Ausschreibung. Dem Verband wird die Bewerber*innenlage und die Entscheidung
6 transparent gemacht. Allen Mitgliedern wird die Möglichkeit geboten, die
7 Kandidierenden kennenzulernen. Die Besetzung des Teamplatzes wird
8 mitgliederöffentlich mindestens 2 Wochen vor Ablauf der Bewerbungsfrist
9 ausgeschrieben.

Begründung

Teams wie die Antragskommission oder das Kampagnenteam sind inzwischen wichtiger Bestandteil unseres Verbandes. Sie übernehmen wichtige Aufgaben wie Hilfe bei der Organisation unserer Landesmitgliederversammlungen (LMV) oder Organisation unserer Kampagnen wie zum Beispiel der Europakampagne. Die Teams werden auf der LMV, die regulär zweimal im Jahr stattfindet, gewählt. Da sie aber noch nicht lange existieren sind sie noch nicht in der Satzung verankert und damit ist ihre Wahl nicht in der Wahlordnung der Satzung geregelt (wie bei allen anderen Wahlen im Verband). Das wollen wir zur nächsten LMV ändern und die Teams, nach einer Evaluierung ihrer Funktion und Nutzung im Verband, in der Satzung verankern.

Bis dahin wollen wir uns aber absichern, dass wir arbeitsfähig in den Teams bleiben. Zur Zeit können bei Rücktritt im Team nur auf Landesmitgliederversammlungen nachgewählt werden, weil in den Anträgen zur Einsetzung einer Antragskommission und des Kampagnenteams keine Regelung für Nachbesetzung von freigewordenen Plätzen festgeschrieben sind. Nur beim Bildungsteam gibt es schon die Regelung, dass dieses bei Rücktritt durch ein Ausschreibungsverfahren durch den Landesvorstand nachbesetzt werden kann, dieses ist auch schon in der Satzung verankert. Dieses Verfahren haben wir auch schon genutzt und konnten dadurch weiter die Planung der Bildungsarbeit sicherstellen. Wir schlagen vor, dieses erprobte

Verfahren auch auf die Antragskommission und das Kampagnenteam anzuwenden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julia Espindola, Luna Afra Evans, Soffi Witt, Thomas Wiskirchen*

Tagesordnungspunkt: *4 Verschiedene Anträge*

V10 neu: Solidarität mit allen Betroffenen des Krieges in Israel und Gaza - Ceasefire Now! Bring them Home now!

Antragstext

Solidarität mit allen Betroffenen! Für ein Ende der Gewalt!

Die GRÜNE JUGEND Berlin erklärt sich solidarisch mit allen Betroffenen des Israel-Palästina-Konflikts und fordert ein sofortiges Ende der Gewalt gegen Zivilist*innen in Israel, Gaza und dem Westjordanland. Es muss Frieden und Gerechtigkeit geben.

In Solidarität mit allen Betroffenen innerhalb der Zivilgesellschaft Berlins, die Opfer von rassistischen oder antisemitischen Angriffen wurden oder Angehörige verloren haben, sowohl Palästinenser*innen als auch Jüdinnen*Juden, verurteilen wir nachdrücklich:

- Die brutale antisemitische und völkerrechtswidrige Vernichtungsaktion seitens der Terrororganisationen Hamas, "Islamischer Dschihad in Palästina" (PIJ), PFLP und weiterer auf Israel am 07. Oktober 2023. Uns bestürzt dabei auch das Ausmaß an systematischer geschlechtsspezifischer Gewalt und ihr gezielter Einsatz als Mittel des Terrors.
- Den andauernden Terror gegen Israel sowohl aus Gaza durch Hamas, PIJ, PFLP und weiteren als auch aus Libanon, insbesondere durch die Hisbollah.
- Jene Militäroperationen der israelischen Regierung, die zu tausendfachen Tod und Vertreibung von Zivilist*innen geführt haben und über das völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung hinausgehen. Auch hier verurteilen wir jede Form geschlechtsspezifischer Gewalt.

- 22 • Die antisemitischen Attacken auf Synagogen, jüdische Bürger*innen und
23 jüdische Einrichtungen in Berlin, wie den Angriff auf die Gemeinde Kahal
24 Adass Jisroel am 18. Oktober 2023.

- 25 • Wir sehen die zahlreichen diskursverhindernden Absagen und Störaktionen
26 bei Veranstaltungen im Wissenschafts-, Kunst- und Kulturbereich, sowie von
27 Ausstellungen und Theateraufführungen, welche den Israel-Palästina-
28 Konflikt oder jüdisches oder palästinensisches Leben thematisieren, sehr
29 kritisch. Kunst-, Kultur- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut unserer
30 Demokratie und müssen gerade in Zeiten des Konflikts geschützt werden.

- 31 • Die illegale Siedlungspolitik durch die israelische Regierung und die
32 damit einhergehende Gewalt durch IDF und Siedler*innen gegen
33 Palästinenser*innen im Westjordanland.

- 34 • Die völkerrechtswidrigen Vertreibungs- und Vernichtungsfantasien, die von
35 einzelnen Mitgliedern der israelischen Regierung bei einer Konferenz am
36 28.01.2024 geäußert wurden.

- 37 • Die Unterstützung des Terrors von Hamas, PIJ und Hisbollah durch das
38 iranische Regime.

39 **Antisemitismus lässt sich nicht mit Rassismus** 40 **bekämpfen!**

41 Wir lehnen das falsche Narrativ des "Importierten Antisemitismus" ab.
42 Antisemitismus existiert schon lange in Deutschland, sehr viele antisemitischen
43 Straftaten haben einen rechtsextremen Hintergrund. Antisemitismus ist jedoch
44 nicht nur ein Problem im rechten Spektrum, sondern in allen Teilen der
45 Gesellschaft und in allen politischen Strömungen anzutreffen. Dem treten wir
46 entgegen.

47 Aktuell erhalten die Stimmen von migrantisierten Menschen in den Medien und in
48 politischen Organisationen häufig wenig Gehör. Palästinenser*innen werden dazu
49 besonders diskriminiert und ausgeschlossen, da sie in Deutschland als staatenlos
50 bezeichnet werden. Statt der Verbreitung von rassistischen Narrativen, setzen
51 wir uns für eine bessere Repräsentation von marginalisierten Perspektiven.
52

53
54 Stimmen von Palästinenser*innen wie von Israelis müssen gehört werden!

55
56 **Antisemitismus an den Berliner Unis**

57 **Gegen Antisemitismus egal, wo!**

58 Wir distanzieren uns ausdrücklich von linken Gruppen wie "Waffen der
59 Kritik/Klasse Gegen Klasse", die an der FU Berlin antisemitische Parolen und
60 Lehren verbreiten. Wir verurteilen den mutmaßlich antisemitischen Angriff auf
61 den FU-Studenten Lahav Shapira.

62 Gleichzeitig lehnen wir die Forderung des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner
63 ab, eine Exmatrikulation von Studierenden im Hochschulgesetz wieder einzuführen.
64 Die Rückkehr des repressiven Ordnungsrechts an Universitäten ist kein Ersatz für
65 eine antisemitismus- und rassismussensible Staatsanwaltschaft und für
66 Präventionsangebote in Schulen und Hochschulen. Gerade wenn Rechte Kräfte in
67 Deutschland immer stärker werden, müssen wir darauf achten, dass Diskursräume
68 wie unsere Universitäten die höchstmögliche Freiheit garantieren und kein
69 Ordnungsrecht geschaffen wird, das die Exmatrikulation für politische
70 Positionierung ermöglicht. Die Anwendung des Hausrechts im Extremfall von
71 körperlicher Gewalt an der Hochschule halten wir für notwendig.

72 Als Teil der Meinungs- und Versammlungsfreiheit an Universitäten sind für uns
73 ganz klar auch Formen des zivilen Ungehorsams legitim. Zu diesen gehören auch
74 friedliche und gewaltfreie Hörsaalbesetzungen, die keinennicht (israelbezogenen)
75 Antisemitismus oder Rassismus propagieren.

76 Eine dauerhafte Präsenz von Polizei auf dem Campus lehnen wir ab.

77
78 **Internationalismus leben - International Druck**
79 **für Frieden und eine Lösung des Konflikts**
80 **ausüben!**

81 Als GRÜNE JUGEND Berlin fordern wir die GRÜNE JUGEND Bundesebene dazu auf, sich
82 zur aktuellen Lage in Israel, Gaza und dem WestjordanlandWest-Bank zu
83 positionieren und sich gemeinsam mit der FYEG (Federation of Young European
84 Greens) und in progressiven Bündnissen für ein sofortiges Ende der Gewalt gegen
85 Zivilist*innen und für eine friedliche und gerechte Lösung des Konflikts
86 einzusetzen. Wir sind besorgt über die Äußerungen einzelner politischer Gruppen,
87 die die antisemitische und völkerrechtswidrige Vernichtungsaktion der Hamas,

88 PFLP und anderer vom 07. Oktober 2023 mit über tausend Toten oder das Leid der
89 Palästinenser*innen in Gaza verharmlosen, relativieren oder sogar rechtfertigen.

90 Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass sich Menschen mit Antisemitismus- und
91 Rassismuserfahrungen (MARE) in Bündnissen mit solchen Organisationen bedroht
92 fühlen können und die Gefahr besteht, dass wir sie als Mitglieder und politische
93 Mitstreiter*innen verlieren. Wir fordern deswegen die Bundesebene und die
94 Landesverbände der GRÜNEN JUGEND, sich kritisch mit Bündnispartner*innen
95 auseinanderzusetzen und ihre Entscheidungen für Kooperationspartner*innen für
96 den Verband transparent zu machen.

97
98 Wir begrüßen sehr, dass der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin aktuell
99 unter Begleitung der Mobilien Beratung gegen Rechts seine Bündnisarbeit in dieser
100 Hinsicht kritisch reflektiert und wollen die GRÜNE JUGEND Bundesebene ermutigen,
101 vergleichbare Prozesse anzustoßen.

102
103 Wir fordern die GRÜNE JUGEND Bundesebene auf, sich darüber hinaus öffentlich an
104 die Seite israelischer Linker wie der Bewegung Standing Together zu stellen und
105 sich dafür einzusetzen, dass ein gerechter und nachhaltiger Frieden geschaffen
106 wird. Dazu gehören für uns:

- 107 • Ein sofortiger, beidseitiger und nachhaltiger Waffenstillstand zum Schutz
108 von Zivilist*innen in Israel, Gaza und dem Westjordanland.

- 109 • eine sofortige Freilassung der israelischen Geiseln

- 110 • Eine Verbesserung der katastrophalen humanitären Lage in Gaza

- 111 • rechtsstaatliche Institutionen und demokratische Wahlen in den
112 Palästinensischen Gebieten mit dem Ziel einer legitimierten Vertretung der
113 Palästinenser*innen

- 114 • Politische Autonomie für einen zukünftigen souveränen palästinensischen
115 Staat. Das Recht auf Selbstbestimmung von Palästinenser*innen muss
116 international anerkannt und gesichert sein.

- 117 • ein Ende der Gewalt durch IDF und Siedler*innen in der Westbank

- 118 • die Freilassung von fälschlich inhaftierten Palästinenser*innen in Israel
- 119 • ein Ende der illegalen Siedlungspolitik durch die israelische Regierung
- 120 • und eine Zweitstaaten-Lösung
- 121 • Die Entwaffnung und Auflösung der Terrororganisation Hamas und weiterer
- 122 Organisationen, die sich an den terroristischen Angriffen auf Israel
- 123 beteiligt haben sowie ein Ende der Angriffe aus Libanon auf Israel

124 Wir sehen die aktuelle israelische Regierung und ihre klare Positionierung gegen
125 eine Zweistaatenlösung und einen Waffenstillstand kritisch. Mitglieder der
126 israelischen Regierung und Parlament, die völkerrechtswidrige und
127 menschenverachtende Vertreibungsfantasien gegen Palästinenser*innen geäußert
128 haben, können nicht Teil eines nachhaltigen und glaubwürdigen Friedensprozesses
129 sein.

130 Der Konflikt findet dabei nicht in einem Vakuum statt. Besonders die Rolle des
131 Iran in der Unterstützung des Terrors gegen Israel sollte dabei verurteilt
132 werden. Die Revolutionsgarden des iranischen Regimes spielen eine zentrale Rolle
133 im koordinierten Terror in der Region und sollten deshalb auch als
134 Terrororganisation eingestuft werden.

135 Außerdem fordern wir die konsequente Aufklärung aller möglicher Verstrickungen
136 zwischen UNRWA (dem UN-Hilfswerk für palästinensische Geflüchtete) und der Hamas
137 sowie der Vorwürfe von Veruntreuung und Korruption gegenüber UNRWA. Abhängig von
138 den Ergebnissen der Aufklärung braucht es wirksame Konsequenzen und Reformen.
139 Diese müssen die aktuelle Lage in Gaza berücksichtigen und dürfen nicht zu einer
140 Verschlechterung der humanitären Hilfe für Palästinenser*innen führen. Ein
141 Kollaps der humanitären Hilfe, vor allem während des Krieges, wäre katastrophal.
142 Im Gegenteil sollte die humanitäre Hilfe, frei von etwaiger Korruption und
143 Zweckentfremdung, weiter ausgebaut werden. Um eine noch größere humanitäre
144 Katastrophe zu verhindern, fordern wir die israelische Regierung auf, den freien
145 Zugang zu humanitärer Hilfe in Konfliktzonen zu sichern und sicherzustellen,
146 dass es nicht zu Blockaden kommt.

147 Ein diplomatischer und multilateraler Friedensprozess kann nur Erfolg haben,
148 wenn alle Bevölkerungsgruppen über demokratisch legitimierte Vertreter*innen

149 verfügen, die sich einer friedlichen und gerechten Lösung des Konflikts
150 verpflichtet fühlen. Ziel eines Friedensprozesses muss die Bildung von zwei
151 souveränen, demokratischen, rechtsstaatlichen, sicheren und lebenswürdigen
152 Staaten für Israelis und Palästinenser*innen sein. Wir streben weiterhin für
153 einen dauerhaften Frieden in der Region. Eine friedliche Koexistenz zwischen
154 Israel, Palästina und Nachbarstaaten ist möglich.

155 Ceasefire now! Bring them Home now!